



Schwader ist aus den Antillen nach Spanien zurückgekehrt, ohne auch nur einen Schuß mit dem Feinde gewechselt zu haben. Der Marineattaché bei der amerikanischen Botschaft in London telegraphierte am Dienstag an das Marinedepartement in Washington, daß vier Kreuzer und drei Torpedoböote des spanischen Cap Verdischen Geschwaders morgen in Cadix eingetroffen seien. Die Ankunft des Geschwaders wurde nachmittags in Washington amtlich bekannt gegeben. Welcher Grund für diesen überraschenden Rückzug vorliegt, ob Kohlenmangel oder die Erkenntnis der Schwäche, ist bisher nicht bekannt geworden, da die spanischen Quellen sich vollständig ausschweigen. Jedenfalls giebt die Rückkehr des Cap Verdischen Geschwaders nach Cadix der Lage ein ganz neues Aussehen und dürfte die amerikanische Aktion auf Cuba und Portoriko beschleunigen.

**Die Krisis in Spanien.**  
Die Krisis in Spanien dauert fort. In der Deputiertenkammer wurden Dienstag die Erörterungen über die politische Lage wieder aufgenommen. Der Republikaner Salmeron griff die monarchischen Parteien heftig an. Als der Nebner zur Lösung der Krisis die Bildung eines nationalen Kabinetts vorschlug und seinem Bestehen darüber Ausdruck gab, daß unter dem gegenwärtigen Regime ein solches Kabinett unmöglich sei, wurde er niedergeschrien. Die Vorlage über die Kriegskredite wurde alsdann angenommen, desgleichen ein Amendement, welches besagt, daß die in Spanien wohnhaften Besitzer von Schuldtiteln in Pesetas, also in unterwertigem beziehungsweise wertlosem Papiergeld, bezahlt werden sollen. Das ist der Anfang des Manterotts.

## Parlamentarische Nachrichten.

In der abgelaufenen Wahlperiode des Reichstags war nach einer Zusammenstellung der Woffischen Zeitung ein volles Sechstel des Personalbestandes zu erneuern, denn 87 von 397 Mandaten sind im Laufe der Wahlperiode frei geworden, darunter 24 durch den Tod, 14 durch freiwillige Niederlegung, 10 wegen Beförderung, 22 infolge von Ungültigkeitserklärungen oder bevorstehenden Ungültigkeitserklärungen. Das Mandat für Schwewe-Schmalzden erlosch durch die Verurteilung des Antifemiten Deuz zu Zuchthausstrafe.

**Sang- und Klanglos** ist die **lex Krone** im preussischen Abgeordnetenhaus in dritter Lesung angenommen worden. Voller Hohn bemerkt die Post, daß „auch nicht ein Mitglied der Linken es für nötig erachtete gegen die angebliche Bedrohung der Freiheit und der Freiheit der Wissenschaft ein Wort zu sagen“ und schließt mit der Behauptung, daß auch der Mann, der sich anfänglich in der Presse erhoben habe, viel geringer gewesen sei, „wenn Dr. Krone sein Jude wäre“. Wir sind vielmehr der Meinung, daß von bürgerlicher Seite viel energischer und zwar bis zum letzten Moment gekämpft worden wäre, wenn es sich im Fall Krone nicht gerade um einen Sozialdemokraten gehandelt hätte. Mit vollem Recht wird der greise Birchow bei der zweiten Lesung im Abgeordnetenhaus darauf hin, daß das Gesetz nur vom Standpunkt derer zu rechtfertigen sei, die ein neues Sozialistengesetz herbeiwünschen. Und die es um jeden Preis hinterzücken wollen, daß die Sozialdemokratie, ja nur der einzelne Sozialdemokrat als gesellschaftlich gleichberechtigt anerkannt werde. Aber solche Elemente befinden sich in allen Kreisen bis in die nächste Nähe des Herrn Birchow selbst. Wir wissen es sehr genau, daß es Herrn Boffe und Genossen durchaus nicht annehmbar war, mit einem Gesetz, das den reaktionären Stempel der Karlsbader Beschlüsse unentzerrbar an der Stirn trägt, in der letzten Session vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus zum Reichstag hervorzutreten. Man bemühte sich mit allen anderen Mitteln, dem Andringen der Kräfte, Stimm- und Redigegesellschaft Genüge zu leisten; mit Drohung, Freiwahl und List suchte man seitens des Antisozialismus den unangenehmen Sozialdemokraten los zu werden. Erst als diese Mittel abprallten, als der Minister sich eine Niederlage zugezogen hatte, die ihm den mehr oder minder verstellten Vorwurf der Jagdbarkeit und Schwäche von konservativer, wir möchten sagen offizieller Seite zugezogen hat und ihn seinen eintägigen Triumph nicht allzu lange überdauern lassen wird, — erst dann rückte er mit dem Entwurf hervor, den der Abg. Birchow mit vollem Recht ein Verlegenheitsgesetz nannte. Aber mit dem Verlegenheitsgesetz hat das Abgeordnetenhaus dem Ministerium (um wieder einen Ausdruck Birchow's zu gebrauchen), ein „Mordinstrument“ in die Hand gegeben, dessen scharf verheißene Anwendung auf unseren Genossen Krone sehr weite Kreise kalt lassen wird. Die von der möglichen weiteren Anwendung unangenehm übertrifft werden könnten. Oder sollte der Mannesmut in den Kreisen des Gelehrtenmachtwortes bereits so tief gesunken sein, daß die Macht in der Hand des Ministers genügt, die schon jetzt angefeindeten Richtungen zu ersticken?

Das Abgeordnetenhaus nahm Mittwoch in dritter Lesung die Schulbuchvorlage und den Gesetzentwurf betreffend die Bewilligung

welterer Staatsmittel zum Bau von Arbeiter- und Beamtenwohnungen an. Nebenbei trat das Haus in die zweite Beratung des Gesetzes über die Einführung des Anwerbengesetzes bei Landarbeitern in der Provinz Westfalen und in einigen Kreisen der Rheinprovinz. Aus der Debatte ergab sich, daß eigentlich keine Partei mit dem Gesetzentwurf, welcher den nachgeborenen Kindern die Erwerbung von Landbesitz erleichtert und bei wachsender Bevölkerung eine Zunahme des ländlichen Proletariats begünstigt, auftraten ist. Donnerstag soll die Beratung fortgesetzt werden. Außerdem stehen Petitionen auf der Tagesordnung.

## Soziale Bewegung.

**Magdeburg und Umgegend.**  
In Bürgerkreisen macht sich eine Mißstimmung gegen die Maßnahmen der Bauunternehmer bemerkbar, die, um die Zimmerer zu zwingen, von ihren Forderungen abzustehen, sämtliche Bauarbeiter auf das Straßengeld geworfen haben — ein Akt unmenschlicher Art. Diese Aussperrung trifft die Arbeiter und deren Familien um so härter, als gegenwärtig die Preise für Lebensmittel hoch stehen und die Aussperrten durch die schwarzen Listen der Unternehmer andernwärts nirgends Beschäftigung finden. In ihrer Kurzsichtigkeit lassen die Unternehmer sich die besten Einkünfte entgehen. Wir teilten bereits mit, daß der Pferdemarkt verbunden mit landwirtschaftlicher Ausstellung heuer ausfällt, da die Bauten nicht fertig werden. Diese Mitteilung bestätigt sich. Andererseits soll diese Nachricht nur ein Schreckschuß sein, um die Zimmerer zur Nachgiebigkeit zu zwingen, denn es wird erzählt, die Ausstellung sei nur verschoben. Wie dem auch sei. Diese Maßnahme zeugt von einem festen Zusammenhalt der Zimmerer und sagt uns weiter, daß es keinem auswärtigen Zimmerer eingefallen ist, nach Magdeburg zu kommen. Und in dieser Geschlossenheit werden auch die Zimmerer verharren.

Der Unternehmerring scheint in die Brüche zu gehen. Eine Anzahl Private bringen auf Fertigstellung der Bauten. So insbesondere der Konsumverein. Wir können nur wünschen, daß auch die Behörden, soweit sie Bauten auszuführen haben, sich dem Vorgehen einzelner Privaten anschließen, denn die Aussperrung der Bauarbeiter und Maurer ist eine der ungerechtesten Maßregeln, die wir je kennen gelernt haben. Was würden die Unternehmer sagen, wenn die Bauarbeiter und Maurer noch ihre in Beschäftigung stehenden Kameraden zur Niederlegung der Arbeit zwingen würden?

Die **Böttcher** der Wertstelle Mollenweide in Schönebeck verlangen 32 (nicht 52) Pfennige Stundenlohn. Differenzen sind in der **Fahrradfabrik** von Lange in Schönebeck durch schlechte Behandlung und schlechte Löhne ausgebrochen. Von 25 Arbeitern verließen 21 Arbeiter die Fabrik. Die Metallarbeiter in Magdeburg werden hierauf aufmerksam gemacht. Bis jetzt hat niemand daselbst Arbeit angenommen.

## Nachrichten aus Magdeburg.

Der Kandidat der Nationalliberalen, Herr Kommerzienrat **Wilhelm Judschwerdt**, erklärte sich bedingt für eine Erhöhung der Getreidezölle. Die Antwort hierauf erfolgt im nächsten Reichstagswähler.

Herr Kommerzienrat **Wilhelm Judschwerdt** erklärte sich für erhöhten Schutz der „Arbeitswilligen“. Auch hierüber erfolgt die Antwort im nächsten Reichstagswähler.

Die große **Heerschau der Nationalliberalen** am Mittwochabend in der „Freundschaft“ verlief ganz programmäßig. Die Delegierten zum Parteitag der Nationalliberalen erklärten kurz Bericht über die Verhandlungen desselben, dann entwickelte Herr Judschwerdt sein Programm, indem er eine Rede vorlas, was gerade 15 Minuten in Anspruch nahm. Den **Clampunkt** des Abends bildete eine Rede des Professors von der Borghoff aus Nachen über die Utopien der Sozialdemokratie. Mit grimmigen Mute zog der streitbare Professor gegen den Sozialismus zu Felde und vernichtete denselben vollständig. Aus den Ausführungen des Professors ging auch hervor, daß er ein aufmerksamer Leser der Volksstimme ist, die ihm im übrigen aber nicht sehr ans Herz gewachsen zu sein scheint. Das Einzige, was er beim Lesen der Volksstimme gelernt hat, scheint die Erkenntnis von dem Vorteil zu sein, welchen die Volksstimme durch ihr angenehmes Verhältnis zur hiesigen Polizei hat. In dieser Beziehung ist er seinen Magdeburger Parteifreunden weit voraus, im allgemeinen hat aber die Bekläue der Volksstimme keine erzieherische Wirkung auf den Herrn Professor ausgeübt. Sowohl auf seine Rede als auch auf die des

Herrn Judschwerdt werden wir im Reichstagswähler noch zurückkommen. In der Versammlung befand sich auch der hiesige Antifemite **Stab** mit seinem Sprecher an der Spitze. Die Herren hätten sich auf dieses Schweigen. So wurden denn die Erwartungen derer, welche glaubten, daß die Umfassung und die Hellbrunnerer zur Sprache gebracht würden, gründlich getrübt.

Das Antifemitenblatt findet es bedauerlich, daß durch den Streik eine ganze Reihe anderer Geschäftsbranchen in Mitleidenhaft gezogen werden. Hoffentlich kommt es bald zu einer Einigung, die in beiderseitigem Interesse läge. Daß die Aussperrung der Bauarbeiter und Maurer zu Unrecht erfolgt ist, darüber verliert das „Arbeiterfreundliche Blatt“, das ganz im Sinne der Magdeburgischen Zeitung die Unternehmer bevorzugt, kein Wort.

Die Notiz in der Dienstagsnummer unserer Zeitung, in welcher wir die Stellung des hiesigen Antifemitenblattes zur Bauarbeiteraussperrung näher beleuchteten, bedarf einer Berichtigung. Was wir daselbst als Bemerkung der Redaktion kennzeichneten, ist wörtlich der Magdeburgischen Zeitung entnommen. Unsere darauf gefolgte Folgerung, die Arbeiterfreundlichkeit des Blattes betreffend, wird dadurch aber nicht berührt. Durch den triftigen Abdruck des von den Unternehmern herrührenden Berichtes, hat sich das Antifemitenblatt auch auf die Seite der Unternehmer gestellt.

Die Ladenbesitzer am Breitenwege, zwischen der Steinstraße und Kreuzgangstraße, welche sich durch die neue Polizeiverordnung bezüglich des Rechtsgehens benachteiligt fühlen, hatten am Mittwoch eine Deputation zum Oberbürgermeister geschickt. Erfolg hatte dieselbe nicht, da der Oberbürgermeister nichts gegen die Verordnung unternehmen kann. Der Oberbürgermeister versprach aber, alles zu thun, was in seinen Kräften stünde, um den Wünschen der Ladenbesitzer entgegen zu kommen. Eine Eingabe an das Polizeipräsidium ist bisher noch ohne Antwort geblieben.

Die **originelle Melame**, welche die Firma Kathreiner in München für ihre Fabrikate in Scene setzte, fand am Dienstagabend für Magdeburg ihr Ende. Das letzte „allgemeine Kaffeefocher“ hatte in Subenbürg stattgefunden, zu welchem sich ungefähr 400 Damen eingefunden hatten. Insgesamt hat Fr. Schmidt aus Hamburg vier Versammlungen abgehalten, welche von rund 2400 Damen besucht waren, die sich von der rebegewandten Dame die Vorzüge von Kathreiners Malzstosse auseinanderzusetzen ließen. Ob die Antifemiten, welche die Versammlungen gemacht haben, durch einen vermehrten Absatz von Kathreiners Malzstosse wieder ausgeglichen werden, wird ja die Firma selbst wissen müssen. Wöglich ist es schon, denn einbringlich genug wurden den hiesigen Damen die Vorzüge von Kathreiners Malzstosse gepredigt und in Praxis vorgeführt.

In der **Markose** starb am Dienstag die 21 jährige Tochter eines Gutbesizers aus der Umgegend, welches von einem hiesigen Zahnarzt zur Bornahe einer Operation narzotisiert worden war. Das blühende Mädchen hat sich erst vor wenigen Tagen verlobt.

**Unfälle.** Der Dreherlehrling **Wilhelm K.** aus der Subenbürg hat sich bei der Arbeit an der Hobelmaschine die Hand verletzt. Der Arbeiter **Felix T.** hat sich bei der Arbeit in einer Buchdruckerfabrik Verletzungen an beiden Händen zugezogen. Der Arbeiter **Friedrich S.** aus Diersleben hat sich bei seiner Beschäftigung in einer Fabrik die linke Hand beschädigt. Die Verletzten fanden Aufnahme in der Subenbürgers Krankenanstalt. Das einjährige Mädchen **Emma K.** ist in der Stube gefallen und hat dabei einen Oberschenkelbruch erlitten. In einer Werkstatt bei der Arbeit sind dem Schlosser **Paul H.** Eisen splitter gegen die rechte Hand, und dem **Geheilig Karl D.** solche gegen das Bein geflogen, wodurch beide Verletzungen erlitten. Die zuletzt genannten drei Verletzten fanden Aufnahme in der altstädtischen Krankenanstalt.

## Polizei und Volksstimme.

Die Anlagen gegen die Volksstimme häufen sich jetzt wieder bedenklich, daß man es für gut befindet, unseren Redakteur, Genossen Müller, wegen jeder einzelnen Klage gar nicht besonders vorzuladen. Man wartet bis eine Anzahl Klagen zusammen gekommen sind und erlegt dieselben dann auf einmal. Am Dienstag hatte Genosse Müller eine Vernehmung zu bestehen, welche sich auf vier Fälle

erstreckte, am Mittwoch folgte gleich wieder eine Vernehmung vor dem Amtsanwalt, die drei Fälle

umfaßte. In Summa sieben Fälle innerhalb zwei Tagen.

Der erste Fall betraf ein Eingekandt in Nr. 86 der Volksstimme, in welchem die Beschäftigung von Soldaten auf dem Güterboden des Centralbahnhofes besprochen wurde. Es war darin mitgeteilt, daß daselbst drei Tage lang etwa 20 Soldaten beschäftigt waren für einen Lohn von 2,20 Mark per Tag. Da dieser Lohn auch an Civilpersonen gezahlt wird, der Eisenbahndirektion also ein Vorteil durch die Beschäftigung der Soldaten nicht erwächst, war die Vermutung ausgeprochen, daß die bei der Einstellung von Arbeitern nötigen Formalitäten den Verzeichnungsinspektor abgehalten hätten, Arbeiter einzustellen. Diese Darstellung erklärt der Verzeichnungsinspektor für un wahr. Er hat Arbeiter gesucht, aber keine gefunden, außerdem waren nicht ungefähr 20 sondern bloß 15 Soldaten auf dem Bahnhof beschäftigt. Diese geringfügigen Abweichungen von dem wahren Sachverhalt sollen eine Beleidigung des Verzeichnungsinspektors enthalten.

## Fenilleton.

### Das Abenteuer der Neujahrsnacht.

Novelle von Heinrich Zschokke.

(3. Fortsetzung.)

Philipp, dem die milde Wärme wohlthat, die ihn hier anhauchte, war von Bewunderung so geföhnt, daß er kaum mit einem Kopfnicken dankte, wenn er den Vorbeischwärmenden ihn einige Masken bald neckend, bald ehrerbietig, bald zutraulich grüßte.

„Befehlen Sie zum Spieltisch?“ flüsterte ihm der Kammerherr zu, der nun, beim Lichte besehen, als Brame dast.

„Lassen Sie mich nur erst aufthauen!“ entgegnete Philipp: „Mich friert verzweifelt.“

„Aber ein Glas warmen ...?“ sagte der Brame, und führte ihn in ein Seitentabinet. Der Pseudo-Prinz ließ sich nicht bitten. Ein Glas um das andere ward geleert. Der Punsch war gut, und bald ergoß sich sein Feuer durch alle Adern Philipps.

„Wie steht's, Brame, Sie tanzen heute nicht?“ fragte er den Kammerherrn, als sie in den Saal zurücktraten.

Der Brame seufzte und zuckte die Achseln: „Für mich ist Spiel und Tanz vorbei, das Lachen ist vorüber. Die einzige, die ich zum Tanz fordern möchte... die Gräfin Bonau... ich glaube, sie liebe mich... denken Sie sich meine Verzweiflung... unsere Häuser waren einig... plötzlich bricht sie gänzlich mit mir ab.“

„Ei, das ist das erste, was ich höre!“ rief Philipp. „Mein Gott, Sie wissen nicht? Die ganze Residenz spricht davon!“ seufzte der Kammerherr. „Schon seit vierzehn Tagen haben wir gebrochen. Sie erlaubt mir nicht einmal, mich zu rechtfertigen. Drei Briefe schickte sie mir unerbroschen zurück. Sie ist eine geschlossene Feindin der Baroness.“

Reizenthal. Ich hatte ihr gelobt, jeden Umgang mit dieser zu meiden. Denken Sie sich mein Unglück; als die Königin Mutter nach Freudenwald zur Jagdpartie fährt, macht sie mich zum Cavalier der Baroness — was soll ich thun? Konnte ich widersprechen? Gerade am Namenstage der göttlichen Bonau mußte ich unerwartet fort... sie erfuhr alles... sie verkannte mein Herz.“

„Wohlan, Brame, bemühen Sie den Augenblick. Die allgemeine Freude verfährt alles. Ist die Gräfin nicht hier?“

„Sehen Sie sie nicht dort drüben, links, die Carmeliterin neben den drei schwarzen Masken? Sie hat die Larve abgelegt. O mein Prinz, Ihr gnädiges Fürwort bei ihr...“

Philipp, den der Punsch begeistert hatte, dachte: da ist ein gutes Werk zu thun! und machte sich ohne Umstände zur Carmeliterin. Die Gräfin Bonau betrachtete ihn eine Weile ernst und erröthend, als er sich zu ihrer Seite niederlegte. Sie war ein schönes Mädchen; doch bemerkte Philipp bald, sein Köschchen sei noch zehntausend Mal schöner.

„Meine Gräfin...“ stammelte er und grüet in Verlegenheit, als sie ihren hellen, schwärmerischen Blick auf ihn lenkte.

„Prinz,“ sagte die Gräfin, „Sie waren vor einer Stunde beinahe zu nutzwilig.“

„Schöne Gräfin, ich bin dafür jetzt desto ernsthafter.“

„Desto besser; so darf ich Sie nicht fliehen, Prinz.“

„Schöne Gräfin, eine Frage nur erlauben Sie mir: thun Sie auch in diesem Konventkleide aufrichtige Buße für Ihre Sünden?“

„Ich habe nichts zu büßen.“

„Aber doch, Gräfin, Ihre Grausamkeiten... Ihr Unrecht gegen den lieben Brame, den dort drüben von Gott und aller Welt verlassen sieht.“

Die schöne Carmeliterin schlug die Augen nieder und ward ein wenig unruhig.

„Wissen Sie auch, schöne Gräfin, daß der Kammerherr an der Freudenwalder Weisheit so unerschuldig ist, wie ich?“

„Wie Sie, Prinz?“ sagte die Gräfin, und runzelte die Stirn: „Was sagten Sie mir erst vor einer Stunde?“

„Sie haben recht, liebe Gräfin, ich war zu nutzwilig. Sie selbst sagen es ja. Nun schwebe ich, der Kammerherr mußte auf Befehl der Königin Mutter nach Freudenwald, mußte gegen seinen Willen dahin, mußte beständig der Cavalier der ihm verhassten Reizenthal sein...“

„Der ihm verhassten!“ lächelte spöttisch und bitter die Gräfin.

„Ja, er haßt, er verachtet die Baronin. Glauben Sie mir, er hat gegen die Baroness fast alle Grenzen des Anstandes verletzt, hat sich durch sein Betragen vielen Verdruß zugezogen. Ich weiß es. Und das alles that er für Sie. Nur Sie liebt er, nur Sie betet er an. Und Sie — Sie können ihn verstehen!“

„Wie kommt es, Prinz, daß Sie sich für Bismarck so lebhaft interessieren? Sonst war's doch nicht so.“

„Es geschieht, Gräfin, weil ich ihn vorher nicht kannte, noch weniger seine traurige Lage, in die Sie ihn stürzten. Ich schwöre Ihnen, er ist unschuldig. Sie haben ihm nichts zu verzeihen, aber wohl er Ihnen.“

„Still!“ ispelte die Carmeliterin mit erheiterten Mienen: „Man achtet auf uns. Kommen Sie hinweg von hier!“

— Sie legte ihre Larve vor, stand auf und gab dem vermeintlichen Prinzen den Arm. Beide gingen den Saal entlang, dann in ein leeres Seitentabinet. Hier führte die Gräfin bittere Klagen gegen den Kammerherrn; aber es waren nur Klagen eifersüchtiger Liebe. Sie trocknete eine Thräne ab. Da trat schüchtern der zärtliche Brame herein. Es entstand tiefe Stille. Philipp wußte hier nichts Besseres zu thun, als er führte den Kammerherrn zur Carmeliterin, legte beider Hände in einander, ohne ein Wort zu sagen, und überließ sie ihrem Schicksal. Er selbst ging in den Saal zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Der zweite Fall betraf die Rubrik „Polizei und Volkshilfe“ Nr. 91 der Volkshilfe. Es war daselbst mitgeteilt worden, daß der Besieger Garbaum ein Strafmandat auf Zahlung von 10 Mark erhalten habe, weil er vor der Buchhandlung Volkshilfe ein Schildchen nicht in der gesetzlich vorgeschriebenen Höhe anbringen ließ. Das Sonnenbad soll 2,20 Meter vom Erdboden entfernt sein, das unrichtig war aber, wie wir mitteilen, 5 Centimeter zu tief geraten, übrigens auch noch nicht von dem Tapezierer als fertig gemeldet worden. In dieser Darstellung soll eine Berücksichtigung von Anordnungen der Oberigkeit enthalten sein (§ 131 des Strafrechtsgesetzes). Die unrichtige Angabe, durch welche die Berücksichtigung hervorgerufen wurde, findet die Polizeibehörde darin, daß das Sonnenbad nicht fünf, sondern zwanzig Centimeter zu tief geraten war, nach den Messungen, welche von zwei Polizeibeamten vorgenommen wurden. In derselben Sache hatte auch unser Besieger Garbaum eine Vernehmung zu bestehen. Er wird beschuldigt, die intimierte Notiz veranlaßt zu haben.

Der dritte Fall betrifft eine Notiz in Nr. 93 unserer Zeitung, welche sich mit dem Mauerstreik in Burg befaßt. Ein Mauerer war wegen Verübung groben Unfugs mit einem Strafmandat bedacht worden. Der grobe Unfug sollte darin bestehen, daß der betreffende Mauerer einen Freund vom Bahnhof abholte. Nachträglich ist das Strafmandat wieder zurückgezogen worden. Bei der Vernehmung dieses Falles war verhältnißlich der Mauerer ein Mann mit der Uebersetzung eines Polizeibeamten, der gesagt hatte: „Es giebt noch viel mehr Strafmandate“, verbunden worden. In Nr. 96 unserer Zeitung berichteten wir dieses Versehen wieder. Trotzdem aber hielt sich der betreffende Beamte für beleidigt und stellte Strafantrag.

Wenn sich alle diese Vernehmungen zu Anlagen auswachsen, dann wird eine ziemlich umfangreiche Serie von Prozessen entstehen. Wo ist eine Zeitung in Deutschland, welche ähnliches von sich berichten kann?

### Nachrichten aus der Provinz.

In Meiningen rettete ein Schüler der Volkshilfe ein kleines Mädchen, welches in die Wode gefallen war, vor dem Tode des Ertrinkens. — Ein Regenbad ohne Vorberedung ist in Weiskensfeld geboren worden. Das Tier bewegt sich auf seinen Hinterbeinen wie ein Huhn vorwärts. — Ein neunjähriger Knabe wurde in Klostermannsfeld von einem Wagen überfahren. Der Tod trat sofort ein. — Ueber die Mailänder Lage wird aus verschiedenen Orten der Provinz Kunde geführt. Ueberall werden diese Schädlinge gesammelt und vernichtet. In wenigen Stunden werden oft ganze Säcke und Körbe voll aufgesammelt.

### Nachrichten aus dem Reiche.

In Hamburg wurde ein Privatier verhaftet, welcher seine Schwärze sieben Jahre lang eingesperrt hatte. Derselbe ist jetzt 41 Jahre alt und sollte durch Hunger und Verwahrlosung zu einem vorzeitigen Ende gebracht werden, damit der Bruder sich in den Besitz ihres Erbes setzen konnte. Die bedauernswürdige Person war total verwahrloht und halb verhungert. — In Womburg erkrankten infolge Genußes von verbotenen Fleisch gegen dreißig Personen. Die Leute haben Fleisch von einem erkrankten Stier Vieh gegessen, welches geschlachtet und verkauft worden war. — Die wahre Ursache der Explosion in der Jagowstraße zu Berlin ist noch nicht festgestellt. Man hofft bei den jetzt vorgenommenen Aufklärungsarbeiten die Ursache zu entdecken.

### Bereine, Versammlungen, Vergnügen.

- Freitag, 13. Mai:**  
Verband der Zimmerer, Filiale Groß Dörksen und Umgegend. Mitglieder-Versammlung abends 8 Uhr.
- Sonnabend, 14. Mai:**  
Deutscher Metallarbeiter-Verband, Filiale Subenburg. Jeden Sonnabend abends 8 1/2 Uhr Jahrsabend in der Herbst Bierhalle. Gesangsverein „Freundesbund“, Dvenstedt. Jeden Sonnabend abend Uebung bei W. Hirschfeld. Gesangslustige Freunde sind willkommen.  
Central-Verband der Auditoren. Versammlung bei Seide, Schrottdorferstraße 18.  
Verband der Gasenarbeiter. Mitgliederversammlung abends 8 Uhr.  
Bereinigung Deutscher Schmiede, Bahnhofs Magdeburg. Versammlung abends 8 1/2 Uhr bei Grothum, Kl. Klosterstraße.  
Central-Frankens- und Siedelwerke der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter. Versammlung bei Stammer, Braunschweigerstr.  
Freie Turnerschaft Wilhelmstadt. Mitglieder-Versammlung im Luisenpark. Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.

#### Stadt-Theater.

Der große künstlerische Erfolg, den das Jbsen-Ensemble gestern mit der Darstellung von „Nora“ erzielte, veranlaßte Herrn Direktor Heine, das geistvolle ergreifende Familiendrama heute abend zu wiederholen. Allgemeine Uebersetzung verursachte es, in Fräulein Leonie Talianzky, der Darstellerin der Titelrolle, nicht nur die bedeutende

Rolle zu finden, sondern auch eine Tänzerin von vollkommener Grazie und unberechenbarer Köstlichkeit; kein Wunder, daß Fräulein Talianzky seit längerer Zeit mit dieser Kunst befaßt ist. Sie als eine Aktrix und Unterhaltungs- für ihre Kunstschülerin, die Morgen, Sonnabend abend, als Abschieds-Vorstellung, „Selbstmörder“ mit Herrn Arthur Walbemar als Oswald und Frau Heine als Schwester als Frau Alving.

Die Bühnen zu den Jbsen'schen Dramen sind in der Buchhandlung Volkshilfe zu haben.

Inhaber der vom Stadtvorordneten Gärtnier abgestempelten Karten genießen 33 1/2 Proz. Preisermäßigung für sämtliche Plätze.

Das Schauspiel des Jbsen-Theaters geht am Sonnabend zu Ende. Zur Aufführung gelangen noch „Nora“ und die „Wespen“. Am Sonntag gastiert das Ensemble in Leipzig im Krystallpalast und kehrt am Montag nach Weiskensfeld über. In Leipzig sind die vorzüglichsten Künstler bekannt, da werden sie vor zahlreichem Publikum sprechen, das mehr Sinn für moderne Dramatik und Schauspielkunst hat, als das Magdeburger Publikum. Wir wünschen dem Ensemble den besten Erfolg auf seiner weiteren Tournee. Unser Wunsch ist, daß das Publikum die letzten drei Abende benutzen möge, der Künstler ein volles Haus zu schaffen. Sie verdient es in hohem Maße. Vester Tage wurde Helene Richter mehrfach ausgezeichnet. Sie, die als Hedda Gabler den Dusi der Blumen nicht ertragen konnte, mußte prächtige Blumensträuße in Empfang nehmen, die sie sichtlich erfreuten.

### Letzte Nachrichten.

**Bayreuth.** Der im Fichtelgebirge ausgebrochene Steinarbeiterstreik scheint keine große Ausdehnung zu nehmen. Der Verband der Steinindustriellen hat eine Lohn-erhöhung von 10 bis 15 Prozent bei 10 stündiger Arbeitszeit geboten. Von 2200 ausländigen Arbeitern haben bereits 1700 die Arbeit wieder aufgenommen.

**München.** Die Motorschiffe der ostbayerischen Straßenbahn streiken.

**Speyer.** Die Kleinschiffer streiken die Befestigung der Nacharbeit und eine Erhöhung des Lohnes an.

**Wurzburg.** Der Sohn des Universitätsprofessors Sellig hat sich erschossen.

**Zürich.** Die Frankfurter Zeitung verbreitet folgende Nachricht: Das italienisch-sozialistische Komitee fordert Italiener und Fremde zur Teilnahme an der „Revolution“ auf. Die aufgelegten Listen bedecken sich mit zahlreichen Unterschriften. Wer kein Meißelgeld hat, soll gratis bis Chiasso befördert werden, die Bewaffnung fände an der Grenze statt.

### Die Unruhen in Italien.

Die Unruhen in Italien haben einen Umfang angenommen, daß man ohne Uebertreibung sagen darf, es handle sich schon lange nicht mehr um die Unterdrückung von „Unordnungen und Aufrührungen“ in einzelnen Städten, sondern das bestehende Regime kämpfe mit der Aufstandsbewegung den Kampf um seine Existenz. Dieser Schluß läßt sich schon aus den offiziellen italienischen Berichten ziehen; die verschweigen so viel und so lange es geht, um die Dinge möglichst in einem günstigeren Lichte darzustellen.

In Mailand, der größten Stadt Norditaliens, haben vier Tage furchtbare Straßenkämpfe gewüthet, in denen hunderte von Menschen getödtet und verwundet wurden; in Neapel, der größten Stadt Süditaliens, hat sich der Aufruhr heute erhoben; über Apulien, den größten Teil Mittel- und Norditaliens haben in den letzten Wochen furchtbare Volkskriege zugeht. Aus mehr als zwanzig größeren Städten Italiens ist ja über Aufruhr und Kampf des Volkes mit der bewaffneten Macht berichtet worden.

Nun soll in Mailand und in den übrigen vom Aufstand betroffenen Städten Ruhe herrschen (siehe Letzte Nachrichten), wie die offiziellen Depeschen behaupten. Aber welche Ruhe, vielleicht nicht einmal „die Ruhe des Friedhofes“, die die Thaten der ordnungstiftenden Soldateska verbreiten! Vielleicht ist diese „Ruhe“ nur die Ruhe vor dem Sturm, der sich noch furchtbarer erheben wird. Die italienische Regierung selbst scheint der wiederhergestellten „Ruhe und Ordnung“, von der sie berichten läßt, sehr wenig zu vertrauen. Das geben ihre verzweifeltsten Maßnahmen zu erkennen, die Verzweiflung, die sich in der offiziellen Presse nur zu deutlich ausdrückt, das gesteht übrigens die „Proklamation“ Rudinis, die doch den Zweck hat, den „Empörern“ zu drohen und die Macht des Staates als unerschüttert erscheinen zu lassen, fast

mit ausdrücklichen Worten zu. Denn sie beruht sich darauf, daß in Piemont, Sardinien, Rom und Sizilien vollkommene Ruhe herrsche, woraus die Beschäftigten des öffentlichen Staatsdienstes die schäbsten Idäen. Man wird nicht umhin können, den Mut einer Regierung zu bewundern, die Kraft und Sicherheitsgefühl aus der Thatlage zu schöpfen vermag, daß Knapp ein Fünftel des Königreiches vom Aufruhr noch nicht ergriffen ist, zumal wenn, unter den friedlichen Gebieten Sizilien aufgezählt wird, diese sicherste Domäne des Hungers, wo sich das bestehende Regime auf starke Sympathien im Volke gewiß nicht berufen kann. Das Geständnis Rudinis, daß vier Fünftel Italiens von der Aufstandsbewegung erfaßt sind, spricht die furchtbare Lage des Königreiches deutlicher aus, als die ausführlichsten Schilderungen vermöchten.

Der Aufruhr in Mailand hat die Beurteilung, die die Vorgänge in Italien in der öffentlichen Meinung erfahren, stark geändert. Sprach man bisher von Teuerungsunruhen und Brotkrawallen, so scheint dieser Ausdruck auf die Bewegung in der industriereichen, wohlhabenden Hauptstadt der Lombardei nicht anwendbar. Selbst eingeführte Ordnungsblätter Deutschlands wagten, als die Nachrichten über die Brotkrawalle in Bari, Monza und so fort einlangten, nicht von Empörern und revolutionären Forderungen zu sprechen; zu offenkundig trat in diesen Tumulten die unmittelbare Wirkung der wirtschaftlichen Ausbeutung, des namenlosen Steuerdruckes hervor; auch daß die Verzweiflung des verhungerten Volkes in einzelnen Orten in Thaten der Grausamkeit ausbrach, konnte das Urtheil über die Schuld der Regierenden nicht erschüttern. Nun soll mit einemmale der Aufruhr in Mailand eine planvoll angelegte, lang vorbereitete Revolte sein, die mit den Teuerungsunruhen in Italien nichts gemein hat.

Die offiziellen Berichte der italienischen Regierung bemühen sich, es so darzustellen, und das ist begreiflich, denn ihnen geht es darum, die Schuld an dem namenlosen Unglück von der Regierung auf böse „republikanische, sozialistische und anarchistische Anstifter“ abzuwälzen. Aber auch die Ordnungspresse des Auslandes zeigt viel Lust, ihnen bei diesem Geschäft der Entstellung in den italienischen Städten ihre Wurzel nur in der augenblicklichen Teuerung? Diese hat nur den letzten Anstoß gegeben, die eigentliche Ursache aber bilden die beispiellose wirtschaftliche Ausbeutung, der Steuerdruck, die finanzielle Mißwirtschaft, die schamlose Korruption, die blutigen Unterdrückungen und Verfolgungen, denen das italienische Volk seit Jahrzehnten in allem Wechsel der Regierungen unverändert ausgesetzt ist, die zusammen es an den Rand des Abgrundes, in verzweifeltsten Elend, in namenlosen Haß gegen das bestehende Regime getrieben haben.

Die Folgen einer verbrecherischen und unfähigen Staatswirtschaft wirken in Mailand nach nicht weniger als etwa in Bari und Ancona, oder als vor drei Jahren in Sizilien; sie sind nichts anderes.

#### Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe zum Kochen) 14,00—22,00. Speisebohnen (weiße) 16,00—33,00. Bohnen 18,00—44,00. Erbsen 5,50—6,00. Nudeln 3,50—4,00. Krummstroh 2,50—3,00. Heu 5,50—7,00. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 0,98—1,04, von der Seele 1,40—1,50, Bauchfleisch 1,20—1,30. Schweinefleisch 1,20—1,40. Kalbfleisch 1,10—1,30. Hammelfleisch 1,10—1,30. Sped (geräuchert) 1,60. Eßweizen 2,00—2,40. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 2,40—3,00.

#### Briefkasten.

L. S. Wir haben Ihren Brief dem Vertrauensmann übergeben, um eine Regelung Ihrer Angelegenheit herbeizuführen. — Th. L., Rothkehlstr. Die Mitteilung war uns von glaubhafter Seite zugegangen. Teilen Sie uns brieflich den wahren Sachverhalt mit, dann berichtigen wir die Notiz.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Filiale Magdeburg-Wilhelmstadt.

### Versammlung

am Sonnabend, den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Luisenpark, Spielgartenstraße 1c.

Tages-Ordnung:

1. Beitragszahlung und Aufnahme neuer Mitglieder.
  2. Das Universum. Vortrag des Kollegen Ferd. Wender.
  3. Gewerkschaftsbericht.
  4. Verschiedenes.
- Mitglieder, welche über die Zustellung der Zeitung sich beschweren, werden ersucht zu erscheinen, damit die Adressen genau festgestellt werden können. Pünktliches Erscheinen wünscht Die Verwaltung.

## Centralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter

### Versammlung

Sonnabend, 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Bürgerhaus, Stephansbrücke 38.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: Die soziale Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung. Referent: Redakteur H. Müller.
  2. Verbandsangelegenheiten.
- Um pünktliches Erscheinen ersucht

#### Die Ortsverwaltung.

## Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung des Verbandes der Gasenarbeiter Deutschlands

Filiale Magdeburg

am Sonnabend, den 14. Mai 1898, abends 8 Uhr bei Müllers, Tischlerkrugstraße 22.

Tages-Ordnung

1. Stellungnahme zur diesjährigen Generalversammlung in Hamburg.
  2. Verschiedenes.
- Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

#### Gesucht werden:

Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Klein-Klosterstraße 15/16): Schuhmacher, Stellmacher, Tischler, Klempner, Schneider, Schleifer, Drechsler, Sattler auf Niemen und Barbier.

### Tüchtige Former

für Maschinen-, Schablonen- und Formmaschinenbau werden bei dauernder Arbeit und hohem Lohn gesucht. Nach vierwöchentlicher Arbeitszeit und guter Leistung vergütet ich Reisepesen. 1207

### Rudolph Herrmann

Eisenwerkzeug- und Maschinen-Fabrik Leipzig-Stützeritz.

#### Es suchen Stellung:

Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Klein-Klosterstraße 15/16): Schlosser, Dreher, Mechaniker, Wäcker, Tischler, Former, Buchbinder, Steinbrücker, Bürstenmacher, Fleischer und Arbeiter für jede Arbeit.

**Kinderwagen,** engl. Facon, von 14 Mt. an, Leiterwagen, Karren aller Art im Preise bedeutend ermäßigt bei Fritz Prager, Sebendg., Nr. Weg, vis-à-vis der Post, Buckau, Schönebeckstraße, Ecke Dorotheenstraße. 751

### Fertige neue Betten!

Leutebetten für nur 12 u. 17 Mt.  
Ganzhafterbetten " 22 u. 24 "  
Brautbetten " 36 u. 40 "

**Bettstellen** 1218  
m. Matr. für nur 22, 28 u. 36 Mt.

Katharinenstr. 8, hochpart.

## Freie Turnerschaft, Burg.

Sonnabend, den 14. Mai, abends 8 Uhr:

### General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Statutenberatung.
  2. Ersatzwahl im Vorstande.
  3. Bericht von der Bezirksvorstanderversammlung und Versammlung.
  4. Verschiedenes.
- Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

## Burg Bruno Rettinger Burg.

50 Scharfauerstraße 50 Burg.

Einziges boykottiertes Geschäft am Platze

empfiehlt sein großes Lager in

Herrn- und Knaben-Filzhüten, Strohhüten, Mützen.

Seiden-Cylinder und Cylinder-Klapphüte.

Neu! Schülermützen auf Rosshaar gearbeitet

zu den denkbar billigsten Preisen.

### Magdeburg-Buckau, Coquistr. 5.

Meinen werten Freunden und Genossen zur gef. Nachricht, daß ich den

### Verkauf von Schuhwaren

aus der Fabrik von Brömse, Lerch u. Comp.

übernommen habe, und verkaufe ich sämtliche Waren zu den abgestempelten Preisen. Gleichzeitig halte ich mich zur Anfertigung sämtlicher Reparaturen in nur gutem Kernleder bei prompter und preiswerter Bedienung empfohlen und bitte, mich bei Bedarf zu berücksichtigen. 299

Alwin Oelze, Schuhmacher.

**Jeder Käufer**  
von  
**Rathreiner's Aneipp-Malz-Kaffee**



erhält in sämtlichen Niederlagen  
als Zugabe unforst bei Einkauf von:

- 1 Pfund 1 Kaffeeöffel
- 1 Tasse
- 2 Pfund 1 Gabel
- 1 Messer
- 3 Pfund 1 Tafelmesser.



**Buchhandlung Volksstimme**  
Breitweg 127.

**Handbuch**  
für  
**Sozialdemokratische Wähler.**  
Eleganter Fädeckerband.

26 Bogen stark. Preis 3 Mark. Porto 20 Pfg.

Das „Handbuch“ bietet, unter sozialdemokratischem Gesichtspunkt, nicht bloß eine Kritik aller bürgerlichen Parteien und aller Gesetzes- und Steuer-vorlagen, die seit 1893 dem Reichstag vorgelegt wurden und somit eine Geschichte des letzten Reichstags, sondern es liefert auch reiches Material zur Beurteilung unserer ganzen politischen Zustände und widerlegt alle die landläufigen Einwendungen gegen die Sozialdemokratie.

**C. Fuhrmann**

Tobak- und Cigarren-Handlung  
M. Buekau, Schönebeckstraße 18  
(früher H. Roosch)

empfehlen: Cigarren, Cigaretten,  
Rauch-, Kau- u. Schnupftabake  
zu vorzähl. Qualität zu billigsten Preisen.

Ein Fahrrad  
billig zu verkaufen Knochenhauerstr. 56 II.

**Stephansbrücke 8**

werden Kleider aller Art schnell und  
sauber angefertigt.

**C. Haack.**

Bei Einkäufen bitten wir unsere  
Leser, sich auf die Volks-  
stimme beziehen zu wollen.

Wäsche u. jauch. gewaschen u. geplättet.  
Frau Rischinsky Neuhaldenslebenstr. 2, I.

**Viktualien-Geschäft,** nachweislich  
sichere Brot-  
stelle, ist altershalber billig zu verkaufen.  
Groß. Umsatz in Bier und Branntwein, es  
wird auch jede Woche geschlachtet. Näheres  
**J. Ziolkowski,** Grüne Armstraße 17.

**Sommer-Hosen**

in enorm großer Auswahl, eigenes  
Fabrikat, vorzähl. bequemer Schnitt,  
sehr gut sitzend, extra stark gearbeitet,  
in einfarbig und gestreift, mit Schlitzen  
oder mit Klappen zu jedem Preise.

**Sommer-Joppen**

in grün, braun oder dunkel, mit Zug.

**Schul-Anzüge**

für Knaben, in den besten Stoffen.

**Manchester-Sammet**

ganz weich, in Haltbarkeit unverwilt-  
lich, zu Kinder-Anzügen, empfehlst

**G. Gehse**

Johannisfahrtstraße 14  
Engl. Leder-Hosen-Fabrik.

**Cigarrenfabrik O. Schmidt**

Gr. Diebvorferstraße 227.  
empfehlen seine selbstgefertigten Cigarren  
zu allen Preisen. 960  
Auch sind Badefarten zum Wilhelmstädter  
Volksbad bei mir zu haben.

**Süte**

werden zum Garnieren an-  
genommen und auf Wunsch  
eigene Zuthaten verwendet.

**Bazar-Magdeburg**

Jatobs- u. Petersstr. Ecke  
Filiale: Wilhelmstr., Annastr. 2.

**Bei**

Einkäufen bitten wir unsere  
Leser, sich auf die Volks-  
stimme beziehen zu wollen.

**15 Sofas und  
Divans**

werden einzeln mit  
einer Anzahlung  
von **Mk. 5.00** und  
wöchentlich **Ab-  
zahlung** von  
**1.00** Mark an ab-  
gegeben.

**S. Osswald**

Ulrichstraße 14  
1. Etage  
gegenüber der  
Ulrichskirche.

**Möbel**

924  
und  
**Polsterwaren,**  
große Posten Teppiche,  
ca. 100 Spiegel, Etageren  
Bilder  
ausnahmsweise spottbillig zu vert.

**Breitweg 89-90**  
Georg Mook.

1131  
Eleg. Fahrrad, 10er Modell,  
wenig gefahren, für 100 Mark zu verkaufen.  
Tittel, Schuhgasse 3, 1 Tr.

Bitte probieren Sie meine  
feine **Molkereibutter** Pfd. 1 Mt.  
Sehr beliebt ist die  
**Vogelsdorfer Stückbutter**  
à 56 Pf. 1205

Ferner empfehle:  
**echt Schweizer, vollfettig, Pfd. 1 Mt.,**  
auch im Ausschnitt,  
**deutschen Schweizer Pfd. 80 Pf.**

**A. H. Völker, Butterhandlung**  
Jatobsstr. 5, Eck. d. Gr. Marktstr.,  
Gr. Weg 252, schrägl. v. gr. Kuehstr.,  
Gr. Steinereißstr. 10b, Eßladen.

**Wiegleb, Rechtskonsulent**

Fr. Vpel, Hebamme, wohnt Knochenhauerstr. 33

Wohne jetzt Gr. Mühlentstr. 11-12,  
273 **Marie Paasche,** Hebamme.

**Feuerversicherung.**

Gegen höchste Provis. (ev. Gehalt) werden  
**Agenten** für hier und umliegende Dri-  
schäften **sofort** gesucht. Best. Offerten  
unter **A. A. 118** befürd. **Hindolf Mosse,**  
Magdeburg. 1211

\* Eine junge neuntöndende Pflanze preisw.  
zu verkaufen Fernerleben, Feldstr. 10

**Verloren** 116. Brosche (Monogramm  
E. T.) am Dienstag vormittag in Budau  
an der kath. Kirche. Abzugeben bei  
**Chr. Wilsel,** Budau, Feldstraße 53

**Vorder-Wohnung** (2 Stb., 1 K., 1 K.  
u. Küche) für 42 Thlr. zum 1. Juli zu  
vermieten Fernerleben, Feldstr. 12, 1 Tr.

**Heiligegeiststr. 20 v. I**

frdl. Logis  
sep. Eing.  
Anst. Logis bei Seemann, Jatobsstraße 16.

frdl. Logis, sep. Eing., Pionierstr. 25, S. I.

**Räsenzettel des Lehrereinen- und  
Damenhelms,**

**Breitweg 82, 1 Tr.**

Freitag: Brühsuppe mit Reis, Brotpudding  
und Weinschaumfauce.  
Sonnabend: Hühnersuppe, Rindfleisch, Salz-  
kartoffeln und Meerrettichsauce.

**Cirkus-Theater.**

Heute 8 Uhr:

**Vollständig neuer Spielplan!**

**Ada**

**Thompson**

in ihrem sensationellen Feuer-  
und Flammentanz.

**Die reizenden**

**3 Nordsterne**

Geschw. Walden.  
Das vornehmste und beste Gesangs-  
Tertzett der Fechtzeit.

**Heinr. Kleins Elite-Ballet-  
Gesellschaft**

**Exselsior.**

Solotänzerin Marianne Kunschmann.

**Hugo Hochgemuth**

Humorist.

**Dorina Maneas**

Galerie lebender Bilder (7 Damen).

**The Welsons**

in ihren sensationellen Leistungen  
an den hängenden Seilen.

**Arvida Svenson**

Schwed. deutsche Sängerin.

Verensbilletts sind gültig.

**Walhalla-Theater.**

780 Täglich Künstler-  
Spezialitäten-Vorstellungen.

**Stadt-Theater.**

Gastspiel des Jphen-Theaters  
aus Leipzig.

Direktion: Dr. Carl Heine.

Freitag, 13. Mai:  
Zum letzten Male! Zum letzten Male!

**Nora.**

Schauspiel in 3 Akten von Henrik Ibsen.

Kasseneröffnung 7 Uhr.

Aufang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Tageskasse  
von 10-2 und 4-5 Uhr.

1953  
Sonnabend, 14. Mai:  
Letztes Gastspiel! Letztes Gastspiel!

**Gespenster.**

Textbücher zu den Ibsenschen  
Dramen sind in der Buchhandlung  
Volksstimme zu haben.

**Todes-Anzeige.**

Nach kurzer schwerer Krankheit starb  
heute früh 5 1/2 Uhr unser lieber guter

**Willy**

im 7. Lebensjahre. Mit der Bitte um  
stille Teilnahme

Die tiefgebetenen Eltern  
**Willy Pitz und Frau.**

Burg, den 11. Mai 1898.

**Standesamt.**

Magdeburg, 11. Mai.

Aufgebote: Geschäftsreisender Rud  
Weber in Aue mit Anna Gehre hier. Arb.

Heinrich Dell mit Martha Wintelmann in  
Gr.-Dittersleben. Kaufm. August Gerkung

hier mit Elisabeth Haad in Gr.-Dittersleben.  
Schiffer August Wange hier mit Marie

Wissel in Aue. Sergl. im Fuß-Art.  
Regt. Nr. 4 Karl Hermann Franz Winter

hier mit Anna Marie Agnes Brauer in  
Sohlen. Arbeiter Louis Gustav Paul

Joh. Hoffe in Siedenburg mit Emma  
Marie Buche in Dödenhof. Bohrsch. Aug.

Koch in Siedenburg mit Pauline Minna  
Weiß in Dölan. Maurer und Leineweber

Ernst Heinrich Voos mit Luise Wilhelmine  
Siddler in Bedendorf.

Eheschließungen: Rechtsanwalt  
Max Mebes mit Olga Köhlich hier. Fleisch.

Hermann Reine in Eisleben mit Luise  
Klickermann hier. Kutscher Alfred Schulze

hier mit Anna Ernst in Welleben. Maurer  
Herm. Hünecke mit Margarete Grebe hier.

Todesfälle: Helene, T. des Schuh-  
machermeisters Joh. Orholak, 3 M. 3 T.

Heinrich Laue, Privatmann, 82 J. 8 M.  
25 T. Oskar Dammberg, Fabrikbesitzer,

15 J. 8 M. 11 T. Margarete, T. des  
Kaufmanns Ludwig Streng, 9 J. 6 M.

25 T. August Herzberg, Töpfer, 38 J.  
11 M. 15 T.

**Suban, 10. Mai.**

Geburten: Kurt, S. des Zimmerm.  
Alb. Heinemann. Walter Otto, unehelich.

Elisabeth, T. des Eisenhüblers Otto Daber-  
gott. Paul, S. des Arb. Wilhelm Krebs.

Anna, T. des Arb. Alb. Hornig. Helene,  
T. des Schneid. Gust. Seehaus. Friedella,

T. des Arbeiters Hermann Schmidt.

Todesfall: Minna, T. des Arbeiters  
Andr. Lehmann, 2 J. 5 M. 10 T.

Totgeburt: Ein Sohn des Schneider-  
meisters Julius Jordan.

**Budan, 10. Mai.**

Aufgebote: Friseur Wilhelm Ernst  
August Blumh mit Marie Margarete Pant-  
druck hier. Lokomotivheizer Wilhelm Karl

Molitor in Berlin mit Dorothee Marie  
Luise Markmann hier.

Todesfall: Gerhard, S. des Mechan-  
Ferd. Diedrich, 3 M. 21 T.

Vom 11. Mai.

Aufgebote: Maler Friedrich Karl Alb  
Rafemann in Einke mit Pauline Marie  
Wortkwaß hier.

Geburten: Dora, T. des Schneiders  
Glemens Schmalz. Rosa, T. des Schloss.

Moriz Schwabe. Eise, T. des Arb. Karl  
Feuer.

Todesfall: Schlosser Wilh. Schmidt,  
38 J. 3 M. 3 T.

**Neustadt, 11. Mai.**

Aufgebote: Fabrikarbeiter Gust. Wilh.  
Anton Weber mit Anna Charlotte Marie  
Meyer.

Eheschließung: Fabrikarb. Herm.  
Rother mit Anna Friederike Wemes.

Geburten: Elise, T. des Fabrikarb.  
Richard Lamm. Gertrud, T. des Kutschers

Wilhelm Rajchte. Friedrich, S. des Arb.  
Friedr. Eichelmann. Ewald, S. des Eisen-  
bahnschaffn. Franz Schnabel. Hedwig, T.

des Arb. Hermann Papendick. Frieda,  
T. des Arb. Otto Töpfer. Hedwig, unehel.  
Wilhelm, S. des Fabrikarb. Karl Poethke.

Todesfälle: Ehefrau des Reg.-Sekret.  
a. D. Louis Köner, 75 J. 2 M. 4 T.  
Charlotte, T. des Dachdeckers Wilhelm  
Hornig, 11 M. 4 T. Ernst, S. des Tischl.  
Friedrich Thormann, 14 T.  
Totgeburt: Eine T. des Zimmerers  
Gustav Biesing.

**Wichtig für Hausfrauen, Kinder  
und Rekonvaleszenten!**

**Wilhelmstädter Molkerei**

Spielgartenstraße 5  
unmittelbar am Ulrichsther-

eigenem Viehbestande im Hause, liefert täglich dreimal  
frische, unter Garantie

**reine Kuhmilch**

auch wird die Milch in Gläsern, wenn erwünscht

direkt im Kuhstalle

verabreicht. Das Vieh steht unter steter tierärztlicher  
Kontrolle.

Um gütigen Zuspruch bittet

**A. Wrackmeyer.**

**Der Reichstagswähler**  
erscheint täglich als Beilage  
der Volksstimme und stellt  
sein Erscheinen nach Beendi-  
gung der Reichstagswahl  
(einschließlich Stichwahl)  
wieder ein.  
Mitarbeit erwünscht.

# Der Reichstagswähler.

**Der Reichstagswähler**  
bringt in überflüssiger Form  
beachtliches Agitations-  
material, das auszubehalten  
und zur Agitation zu ver-  
wenden ist.  
Gegnerische Flugblätter  
sind einzuheften.

**Publikationsorgan für die Reichstagswahlkreise: Magdeburg, Wanzleben, Wolmirstedt-Neuhaldensleben,  
Osterburg-Stendal, Salzwedel-Garbelegen, Jerichow I u. II und Calbe-Aschersleben.**

Die Wählerlisten liegen vom 18. bis 26. Mai aus.

Magdeburg, den 18. Mai 1898.

Reichstagswahl 18. Juni, vorm. 10 bis nachm. 6 Uhr.

## Die Sozialdemokraten wollen teilen.

Im gegenwärtigen Wahlkampfe bemühen sich unsere Gegner die unglaublichsten Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie zu erheben — einige Proben geben wir in diesen Blättern unter einer bestimmten Rubrik wieder. Eine der Hauptanklagen gegen die Sozialdemokratie ist: sie wolle das Eigentum aufheben und teilen. Nur größlicher Unverstand vermag diese Behauptung aufrecht zu halten.

Die Sozialdemokratie will eine gesellschaftliche Organisation, in welcher alle am Eigentum teilhaben. Die große Mehrheit der Menschen hat kein Eigentum, denn dürftige Kleidung, dürftige Wäsche, dürftigen Hausrat und selbst eine Hütte und eine Parzelle Land sind kein Eigentum, um das zu streiten sich verlohnt.

Hier kann nur das große Eigentum in Frage kommen, dessen Besitzer kraft der Macht, die es ihnen giebt, die Gesellschaft beherrschen, und kraft der gesellschaftlichen Einrichtungen ihr Eigentum immer mehr vermehren, durch die Arbeit anderer auf Kosten der Miteigentümer und der kleinen Eigentümer. Es sind die Besitzer der Kapitalien, der großen Güter, der Minen, Bergwerke, Privatverkehrsmittel (Bahnen, Handelsflotten), Fabriken und Warenvorräte. Diese Eigentümer beherrschen auch das kleine und mittlere Eigentum und saugen es auf. Tausende und aber Tausende kleiner Eigentümer werden durch die große Produktion, den großen Handel, den großen Verkehr, den großen Grundbesitz eigen umlos gemacht oder geraten in die Schuldknechtschaft des Kapitalisten; sie haben nur noch ein Scheineigentum.

**Jede neue Maschine, jede neue Fabrik, jeder neue Bazar, die Entstehung eines neuen großen landwirtschaftlichen Betriebes kosten in einer Reihe von Jahren so und so viel Handwerken, kleinen Fabrikanten, Händler, Kaufleuten und kleinen Bauern das Leben; sie werden expropriert und dem sozialen Elend überantwortet; sie selbst oder ihre Kinder sind oft genug zu einer proletarischen Existenz verurteilt.**

Dieser Zustand wird immer schlimmer in dem Maße, wie dieser großkapitalistische Entwicklungsprozess währt und sich vervollkommnet. Die Sozialdemokratie will diesen Prozess, der heute zum Schaden der großen Volksmehrheit sich vollzieht, zum Vorteil der großen Volksmehrheit umgestalten dadurch, daß sie alle diese Betriebe in den Händen der Privateigentümer expropriert und in Gemeineigentum, Eigentum der ganzen Gesellschaft verwandelt, um alsdann durch genossenschaftliche Organisation der Arbeit in großem Stil ihre Ertragsfähigkeit gewaltig zu steigern und allen Gesellschaftsangehörigen zu gute kommen zu lassen.

Die Vorteile der großen Arbeitsteilung, der vollendeten Technik, des Dampf- oder elektrischen Betriebes usw. sollen ferner nicht mehr verwandt werden können, um die Masse zu Gunsten einzelner auszubeuten, sie dadurch von sich abhängig zu erhalten und zu unterdrücken, sondern sie sollen allen zu gute kommen und sollen so alle zu freien gleichberechtigten Menschen machen, welche alsdann die Früchte ihrer gemeinsamen Arbeit genießen und sich ihr Leben lebenswert gestalten. Not, Sorge, Elend, der schwere Kampf ums Dasein soll verschwinden, aber auch das Uebermaß des Reichtums und des Ueberflusses einer Minorität.

Das Ziel der Sozialdemokratie geht also nicht auf Teilung des Eigentums hinaus, sondern auf **Ver- einigung des gesamten Eigentums**, das zur Arbeit und zur Entwicklung der menschlichen Existenz gebraucht wird, um für alle eine wahrhaft menschenwürdige Lebensweise zu ermöglichen.

Es soll also auch die Arbeit nicht abgeschafft werden, wie beschränkte Gegner behaupten, sondern sie soll für alle arbeitsfähigen Menschen Pflicht werden. Das Wort der Bibel: „Wer nicht arbeitet, soll nicht essen“, soll Wahrheit werden. Wir wollen also alle, aber möglichst kurze Zeit arbeiten, um möglichst viel Zeit für Genuß, Unterhaltung, künstlerische und geistige Ausbildung für uns zu haben. Darum soll die Arbeit möglichst zweckmäßig organisiert, der Arbeitsprozeß durch Anwendung der vollendeten technischen Hilfsmittel möglichst ertragreich gemacht werden. Je mehr technische Verbesserungen und Erfindungen wir zum gemeinsamen Nutzen anwenden können, um so ertragreicher, um so angenehmer und um so kürzer wird die Arbeitszeit.

Wir sind also an neuen Erfindungen und Verbesserungen interessiert, der größte Wettstreit, solche zu schaffen, wird entstehen, und so wird der Fortschritt nicht stagnieren, sondern jetzt erst seinen Siegeslauf antreten.

Der Vorwurf, die Sozialdemokratie wolle das Eigentum aufheben und es teilen, ist also eine von den Gegnern ausgehende sinnlose Behauptung.

## Zur Wahlbewegung.

**Die Handlungsgehilfen und die Reichstagswahl.**  
In der kaufmännischen Presse wird den Handlungsgehilfen empfohlen nur solche Reichstagskandidaten zu unterstützen, die sich verpflichten für folgende Programmpunkte einzutreten: Achtyhr-Adenschluß, vollständige Sonntagsruhe.

kaufmännische Schiedsgerichte nach Art der Gewerbegerichte, Verbot jeder Konkurrenzklause, kaufmännische, obligatorische Fortbildungsschulen mit Unterricht in den Tagesstunden. Für diese sämtlichen Forderungen ist bisher nur die Sozialdemokratie eingetreten und kein Kandidat einer der anderen hier bei der Wahl in Betracht kommenden Parteien wird sich ehrlicher Weise dafür verpflichten können.

### Acht auf die „Ausstülgler“.

Die agrarische Presse beschäftigt sich mit der Flugblattverbreitung auf dem Lande. Es ist ihr unangenehm, daß allsonntäglich aus den Städten Frauen und Männer auf das Land ziehen und daselbst Zeitungen und Flugblätter verbreiten. Die Junker betrachten die kleineren Dörfer als ihre Domänen und die Bevölkerung daselbst soll vor der sozialdemokratischen Aufklärung über die junkerliche Ausbeutungswirtschaft „geschützt“ werden. Wie aber soll man sie schützen? Man kann die Versammlungslokale abtreiben und alles ihm was Uebermacht und gewaltthätiger Sinn ermöglicht. Aber die Flugblätter, die bösen Flugblätter. Wie dagegen aufkommen? „Möge man auf diese „Ausstülgler“ ein wachsames Auge haben“ — das ist der Ratsschlag der agrarischen Presse. Man weiß, was das bedeuten soll. Die Zeiten des Kampfes mit „geistigen Waffen“ sind längst vorbei. Nur an die rohesten Instinkte wird appelliert. Sehr agrarisch, echtes „Blaublut“. Aber unsere „Ausstülgler“ werden auch mit diesen Methoden gegnerischer Wahlkampf- führung fertig werden, sie werden ruhig und gekniffen ihr Ziel verfolgen und die Knüppelhelden verlachen.

### Die Bündler und das Wahlrecht.

Die Bündler versuchen die Wähler zu täuschen über ihre Stellung zum Reichstagswahlrecht. Das Organ derselben schreibt recht tapfer: „Wenn die Regierung wirklich an eine grundsätzliche Aenderung des Wahlrechts denken sollte, so würde sie bei uns keine Zustimmung, sondern die entschiedene Gegnerschaft finden. Gegen die verhassten Bündler würde also die Müllerische Erfindung keine Wirkung haben.“ Demgegenüber ist darauf aufmerksam zu machen, daß der Redakteur des Bündlerorgans, Dr. Dertel, im konservativen Verein in Leipzig folgendes ausgeführt hat: Unser Wahlrecht ist auch kein Ideal, und man wundert sich, wie Wis- marck daselbst kritisieren konnte. Es ist einfach brutal, daß der führende Geist nur soviel Recht hat wie der blöde. Das Bündlerblatt hat ferner während der sächsischen Wahl- entrechtungs-Kampagne ganz und gar auf der Seite der Demagogen und Kampagne gestanden. Das mag den agrarischen Demagogen heute unangenehm sein, aber aus der Welt läßt es sich nicht mehr schaffen.

### Wahlbeeinflussung.

Aus dem Wahlkreise Meiningen-Hildburghausen wird der freisinnigen Zeitung berichtet, daß daselbst im Namen des Vorstandes des nationalliberalen Vereins der Oberbaurat Frihe an alle Bauhandwerksmeister des Wahlkreises eine Aufforderung, als Vertrauensmänner für die nationalliberale Partei bei der bevorstehenden Reichstagswahl zu fungieren, erlassen hat. Herr Oberbaurat Frihe hat alle Pläne und Risse für jeden in dem Bezirk ausgeführten Bau zu prüfen und die Bauten auszuführen. Es muß daher vom Standpunkt der von der Wahlprüfungskommission des Reichstages geübten Praxis dieses Vorgehen des Oberbaurats Frihe als eine durchaus unzulässige Wahlbeeinflussung angesehen werden. Es trifft dies umso mehr zu, als das betreffende durch den Druck vervielfältigte Schreiben im übrigen keine Unter- schrift trägt, aber in dem an die Bauhandwerker versandten Schreiben die handschriftliche Unterschrift des Herrn „Frihe, Oberbaurat“, angebracht ist. Wir empfehlen den Wählern, auf alle Ungehelichkeiten zu achten und hierüber an die Wahlkomitees zu berichten.

### Für Wahrheit, Freiheit, Recht.

Unter dieser alten Devise schießt auch diesmal die Centrumspartei ihren Wahlanruf ins Land. Der Aufruf rühmt die Erfolge der Partei während der abgelassenen Legislatur. Was haben die Spahn und Lieber da nicht alles vollbracht! Sie haben die Volksrechte geschützt, weise Sparsamkeit geübt, Belastung der breiten Volksmasse verhütet, das Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuches und einer „den modernen Rechtsanschauungen mehr ent- sprechenden“ Militärstrafprozessordnung ermöglicht. Sie haben für alle Stände und alle Schichten des Volkes gewirkt. Kurzum, die Centrumspartei sind die ausgezeichnetsten Volks- vertreter, die man finden kann.

Leider macht sich in Wirklichkeit die Sache ganz anders, als der Aufruf es darstellt. Das Centrum hat die Volks- rechte nicht geschützt. Es hat sie aufs schlimmste verraten, da es das Budgetrecht des Reichstags durch die Bewilligung des Flottengesetzes preisgab. Es hat ferner ein Umsturz- gesetz verlangt, welches die völlige Ausrottung der Denk- und Pressefreiheit bezweckte. Heißt das „Wahrung der politischen Freiheiten“?

Und ebenso ist es mit der „Förderung der wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes“, welche der Wahl- aufruf gleichfalls dem Centrum nachrühmt. War es eine Verhütung der Belastung der breiten Volksmassen, als das Centrum fast eine Milliarde für Marineraüstungen bewilligte, welche aus den indirekten Steuern, die auf die Lebensbedürfnisse des Volkes gelegt sind, gedeckt werden sollen?

Wie hat sich die schwarze Partei ferner in den Fragen

der Sozialpolitik verhalten? Der Aufruf muß selbst zuge- stehen: „Mit lebhaftem Bedauern erfüllt uns, daß in der mit Eifer und Begeisterung begonnenen Sozialreform nicht der erhoffte Fortschritt zu bemerken ist.“ Dies Bedauern macht sich gar komisch. Als ob das Centrum nicht die Macht hätte, die Sozialreform aus der Gasse, in die sie verschoben worden ist, herauszuholen. Hätte das Centrum gewollt, so könnte der verflorenen Reichstagswahl der Sozialreform heißen, während er nun in der Haupt- sache wieder ein Reichstag des Militarismus, des Agrarier- tums und der Bedrückungsgesetze gewesen ist. Das Centrum ist unter Dr. Liebers Führung jetzt gänzlich zur Regierungs- partei geworden. Seine alte Devise, unter der es wieder in den Wahlkampf zieht, ist nichts als ärgste Heuchelei und man sollte dafür schreiben: „Für Unrecht, Verbummung, und Volksverrat.“

## Die Sünden der Nationalliberalen.

**Die Nationalliberalen und das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht.**

Nichts bezeichnet mehr den Niedergang des Liberalis- mus als dessen Verleugnung aller liberalen Forderungen auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet. Gegenüber der Behauptung, als halten die National- liberalen grundsätzlich an dem bestehenden Reichstagswahl- recht fest, ist es wohl erlaubt, auf einige Vorgänge aus den letzten Jahren hinzuweisen, wo die Herren Nationalliberalen in der Hitze des Gefechts ihre liberale Maske etwas gelüftet haben.

Es sind noch keine drei Jahre vergangen, daß der nationalliberale Wahlverein in Hamburg einstimmig eine Resolution gegen das bestehende Reichstags- wahlrecht angenommen. Kurze Zeit nachher sprach sich der bekannte, damals bereits als Reichstagsabgeordneter abgegangene Dr. Böttcher im nationalliberalen Provinzialverein für Schleswig-Holstein für Beseitigung des be- stehenden Reichstagswahlrechts aus. Die Versammlung, die mit offener Ignorierung des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes in Neumünster tagte, schloß sich diesen Ausführungen an. Herr Böttcher, der große Vor- kämpfer gegen den Umsturz, sprach es offen aus, daß man nur noch die Unterstützung anderer Parteien in dieser Sache suchen müsse, da ein solch reaktionärer Schritt von einer Partei unternommen, gefährlich sein würde. Wie vorichtig!

Wenige Wochen später nahm im sächsischen Landtag die bekannte Aktion gegen das allgemeine Wahlrecht zum Landtag ihren Anfang. Der nationalliberale Abgeordnete Schill erklärte bei der Generaldebatte Namens seiner Partei, die Nationalliberalen stehen auf dem Standpunkt, daß die Rechte den Leistungen entsprechen müssen. Das allgemeine Wahlrecht solle den Sozial- demokraten dazu dienen, die Diktatur des Proletariats herbei- zuführen. In einem Klassenwahlsystem sehe seine Partei keine Benachteiligung der Wähler, auch in der indirekten Wahl keine Verschlechterung des Wahlrechts. Das durch und durch reaktionäre neue sächsische Wahlsystem wurde später unter Zustimmung der Nationalliberalen Gesetz.

Aus allerjüngster Zeit sei an folgende Aeußerungen von nationalliberaler Seite erinnert. Als sich anfangs dieses Jahres die Verhandlungen um das Flottengesetz zu zer- schlagen drohten, schrieb die nationalliberale Münchener Allgemeine Zeitung von der „Fiktion, welche dem al- lgemeinen, gleichen und direkten Wahl- recht zu Grunde liege“, weil das deutsche Volk „noch nicht reif“ sei, von den Zufallsmehrheiten eines auf Grund dieses Wahlsystems gewählten Reichstages regiert zu werden. Zugleich kündigte sie drohend an, daß „der Kampf um die Flottenvermehrung auch diese wichtigen politischen Fragen in Fluß bringen werde“. Wir denken, das ist verständlich.

**Nieder mit dem Nationalliberalismus!** Dieser Ruf mag tausendfach widerhallen — außer der antimilitärischen Partei giebt es keine zuverlässigere, korruptere Partei als die der Nationalliberalen.

## Aus den Wahlkreisen.

Magdeburg.

**Der Kandidat der sozialdemokratischen Partei, Wilhelm Pfannkuch, spricht am Donnerstag abend im „Luisenpark“.** Diese Versammlung ist vom Wahlkomitee einberufen, welches erwartet, daß die Versammlung recht zahlreich von Arbeitern und Frauen besucht wird. Soll die Agitation positiven Vorteil bringen, müssen die Versamm- lungsbesucher dahin wirken, daß die Versamm- lung auch von uns fernstehenden Personen be- sucht wird. Auf allen Arbeitsplätzen ist deshalb die Parole anzugeben: **Donnerstag abend Volks- versammlung im „Luisenpark“.**

Unsere Gegner rechnen mit einer Abnahme sozialdemo- kratischer Wähler. So hat Herr Rechtsanwalt Schent sich wie folgt geäußert: Nach den bisherigen Vorgängen haben hier in Magde- burg die Sozialdemokraten nicht auf die absolute Majorität zu rechnen.

weiterdem dürfte die... eine ungenügende Vertretung der Sozialdemokraten... die große Zahl ihrer Anhänger nach den üblichen... Wahlkreisen ihr Wahlrecht ausüben hätten. Es handelte sich darum, möglichst viele antijohanneitische Stimmen zu sammeln, die Ordnungsparteien hätten die Pflicht, zusammen gegen die Sozialdemokraten zu stimmen. Es ist gewiss, hierüber nähere Betrachtungen anzustellen. Die Arbeiter wissen, was auf dem Spiele steht und werden den letzten Mann an die Wahlurne holen, damit die Pläne der Reaktion zu scheitern werden.

In der Versammlung am Montag beschlossen die Konserativen, auch Wahlagitatorien zu beschreiben. Sie werden einen Aufruf erlassen, in welchem sie keinen Zweifel darüber lassen werden, daß Herr Buchschwerdt so recht kein Mann nach dem Herzen der Konservativen ist, daß man ihn aber für das „Kleinere Uebel“ hält. Hierfür sollen die künftigen Wähler herangezogen werden und zu diesem Zweck die Stimmabgabe kontrolliert werden. Wenn es nicht anders möglich ist, soll sogar der Wähler Schar vor Drohrede herangezogen werden. Daß zu der Agitation auch Leute gehören, scheinen die Konservativen nicht beachtet zu haben. In der Versammlung waren 64 Mann, darunter ein Duzend Angehörige anderer Parteien. Wenn also diese Leute die Agitation betreiben wollen, dann wird es nicht weit her sein mit derselben. Im übrigen wird es sich recht hübsch ausnehmen, wenn die konservativen Ordnungsparteien mit dem Stimmzettel in der Hand in Magdeburg herumlaufen, künftige Wähler heranziehen und ein großes Schild in der Hand tragen mit der Aufschrift: „Wahl Buchschwerdt.“

Zu der Agitation gehört auch Geld. Dieses ist aber bei den Konservativen knapp. Sie haben das vierhundert Mark in der Kasse. Damit ist allerdings nicht viel anzufangen — und daß einer der Herren in überquellendem Patriotismus die Wahlkasse gefüllt hätte, davon war nichts zu merken. Wir begreifen jetzt, weshalb die Konservativen immer so sehr auf die „Arbeitergroßen“ hinweisen, welche die sozialdemokratische Parteikasse so wohlgefüllt haben. Die Magdeburger Sozialdemokraten haben in ihrer Kasse mehr als wie vierhundert, sie können infolgedessen auch etwas anbieten.

**Wanzleben.**  
Das von den Sozialdemokraten vorbereitete Flugblatt veranlaßt unseren Gegnern viel Kopfschmerzen. Spaltenlange Artikel werden verbrochen, um den Inhalt desselben zu „widerlegen“. Das ist schon ein kleiner Fortschritt. Früher ignorierte man die sozialdemokratische Bewegung, heute aber, da sie auf dem Lande festen Fuß gefaßt hat, scheint man ihrer wieder Herr werden zu wollen. Jetzt wird wohl zu spät sein. Die Arbeiter, Handwerker, kleinen Bauern und Beamten haben ihre Pappenheimer kennen gelernt, die unter der Flagge der Mittelstandspolitik, Land und Leute ausgepöbeln haben und auch dem Volke die wahren Rechte schmälern und rauben wollen. Die Gegner werden noch oft Gelegenheit haben, sich mit „volksverbreitenden Flugchriften“ zu beschäftigen.

**Zerichow I und II.**  
**Auf die Freitag im Hofsäger in Burg tagende Wähler-Versammlung, in der unser Kandidat, Genosse Glöckner-Berlin, über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprechen wird, ist nochmals aufmerksam gemacht.**

**Salbe-Wischerleben.**  
Der Bund der Landwirte hat es seinen Mitgliedern anheim gestellt, den bisherigen Vertreter des Kreises Major a. D. Blode oder den Vater Bindewald zu wählen. Auf der in Eggersdorf abgehaltenen Versammlung traten Amisrot v. Dieke-Barby, Amisrot Eisen-Klein-Rosenburg und Dr. Schenk-Groß-Rosenburg für die Wiederwahl des Hrn. Blode-Alten ein, jedoch wurde eine Einigung nicht erzielt. Die Magdeburgische Zeitung nimmt an, daß auch diesmal Herr Blode wiedergewählt werden wird. So ganz sicher scheint aber das national-liberale Blatt nicht zu sein, denn es bemerkt: „An Ausstreunungen wird man es nicht fehlen lassen dürfen, zumal da auch der Gegner alles aufbieten zu wollen scheint, um in einem der geeignetsten Kreise unserer Heimatprovinz sein Umsturzbanner aufs neue aufzupflanzen. Er läßt für die Zeit der Wahlen in dem Wahlkreise eine besondere Wahlzeitung herausgeben, die insbesondere auf die ländliche Bevölkerung berechnet ist und den örtlichen Verhältnissen Rechnung trägt.“ Major a. D. Blode hat bekanntlich den agrarischen Sammelaufruf unterschrieben. Dies geniert die Magdeburgische Zeitung nicht weiter, für diesen Mann eine Lanze zu brechen, damit die Pläne der Junter unterstützt werden. Für Magdeburg wird daselbstes Blatt die ungenügende Politik verfolgen und gegen die agrarische Sammelpolitik agitieren müssen.

### Dran und dran, Genossen!

Die Herausgabe des Reichstagswähler kommt der Magdeburgischen Zeitung ungenügend; ihr köpft die Nüchternheit der sozialdemokratischen Presse Angst ein. Denn wie sollen wir uns folgendes Damentio erklären:

„Der Provinz Sachsen soll, wie es scheint, im bevorstehenden Wahlkampf von der Sozialdemokratie besondere Beachtung geschenkt werden. Die Agitation wird nicht nur auf die beiden Wahlkreise beschränkt bleiben, die jetzt schon von der Partei behauptet werden, Magdeburg und Halle, sondern sie wird auch auf ländliche Wahlkreise ausgedehnt werden, wo die Partei bereits Boden gefaßt hatte. In Betracht werden dabei in erster Linie kommen die Kreise Stendal-Osterburg, Salzwedel-Gardelegen und vor allem Salbe-Wischerleben.“

Die übrigen Wahlkreise, von denen außer den beiden schon genannten noch die Kreise Wolmirstedt-Neuhaldensleben, Wanzleben, Scherleben-Halberstadt-Wernigerode, anscheinend besonders in Betrachtung genommen werden, sind mit Flugblättern jetzt schon besäht, und diese Saat wird in den nächsten Wochen wohl noch ansteigen.

Ungeachtet dieser Anstrengungen der Umsturzpartei werden es hoffentlich auch die konservativen Parteien an Nüchternheit, vor allem aber auch an Einigkeit nicht fehlen lassen. In dem meist bedrohten Kreise Scherleben-Salbe-Wischerleben hatte bei der letzten Wahl die freisinnige Vereinigung einen besonderen Kandidaten aufgestellt, auf den jedoch nur 2616 Stimmen fielen. Es ist dringend zu wünschen, daß diese völlig unnütze Zersplitterung diesmal vermieden werde. Der nationalliberale Kandidat hatte zwar im Jahre 1893 vor dem Sozialdemokraten 4000 Stimmen voraus; aber es muß alles daran gesetzt werden, um ihm gleich im ersten Wahlgange den Sieg zu sichern.

Die Einigkeit unter den Liberalen ist aber nur ein Punkt, auf den es ankommt. Sie kann nur Frucht tragen, wenn sie von einer eifrigen Wahlarbeit unterstützt wird. Jeder Mann muß an die Wahlurne gebracht, jeder Mann veranlaßt werden, seine Stimme für einen Liberalen abzugeben. Das kann nicht durch Versammlungen allein erreicht werden. Von Ort zu Ort, von Haus zu Haus, von Familie

zu Familie muß um Stimmen geworben werden. Dann kann es der liberalen Partei nicht fehlen.“

— Und von Ort zu Ort, von Haus zu Haus, von Familie zu Familie werden auch unsere Genossen ziehen und Stimmen werben. Mit aller Macht muß diese Agitation fortgesetzt, der Eifer verdoppelt werden. Mögen unsere Gegner uns in der Klatschation zu übertrumpfen sich bemühen, wir wollen versuchen oben auf zu bleiben.

Drauf und dran, Genossen! —

### Lügen und Verleumdungen.

(Die Vertrauensleute der Wahlkreise werden um Zusendung beachtlicher Zeitungsartikel und Flugchriften gebeten.)

**Am tlicher Anzeiger (Magdeburg):** Die drohenden Tiraden, mit denen die Sozialdemokratie und ihre Mitläufer Wahlangst zu verbreiten suchen, sowie die fanatischen Ausfälle gegen die „Brotverteurer“ haben demnach auf Regierung und Volksvertretung keinen Eindruck zu machen vermocht. Der krampfhafteste Versuch, noch in letzter Stunde die parlamentarische Bühne zu wirkungsvoller Wahlpolitik zu benutzen, ist als gänzlich gescheitert zu betrachten.

Aus einem antisemitischen Flugblatt: Mit Stolz rechnet es sich die Partei als einen großen Erfolg an, daß es ihr gelungen ist, Tausende von Arbeitern aus der Sozialdemokratie wieder in die Reihen der Ordnungsparteien zurückzuführen. Die Thatsache des Erfolges wird dadurch bewiesen, daß überall, wo die deutsch-soziale Reformpartei, ohne Störung durch mißgünstige Dritte, gearbeitet hat, die Stimmen der Sozialdemokratie zu Gunsten der Reformpartei ganz erheblich zurückgegangen sind.

### Wink für die Reichstagswahl.

**Der Schutz der Wahlfreiheit.**  
Wir veröffentlichen im Vorlaute die Grundsätze, die für die Wahlprüfungscommission und den Reichstag bei Wahlprüfungen zum Schutze des Wahlgeheimnisses und der Wahlfreiheit maßgebend gewesen sind. Da heißt es:

Das Wahlgeheimnis wird dadurch verletzt, daß die Mitglieder des Wahlvorstandes den Stimmzettel offen annehmen und selbst zusammenfalten. Den übergebenen Stimmzettel vor der Niederlegung in die Urne kenntlich machen, den Stimmzettel zur Ermittlung des Namens des Wahlkandidaten ganz oder teilweise öffnen, denselben an eine bestimmte Stelle der Urne legen, die Stimmzettel in zwei Urnen oder in abgetheilte Räume der Wahlurne legen; daß die Mitglieder des Wahlvorstandes im Wahllokale Stimmzettel verteilen, bevor ihre Tätigkeit im Wahlvorstande beendet ist; ferner dadurch, daß auf dem Tische des Wahlvorstandes die Stimmzettel nur einer Partei oder in der Weise die Stimmzettel mehrerer Parteien zur Entnahme für die Wähler ausgelegt sind, daß die Mitglieder des Wahlvorstandes die Stimmabgabe kontrollieren können. Eine Verletzung des Wahlgeheimnisses liegt ferner vor, wenn der Tisch mit Wahlzetteln vor der Eingangstür in das Wahllokale so aufgestellt ist, daß der Wahlvorsteher vom Wahllokale aus die Entnahme der Wahlzettel von diesem Tische kontrollieren konnte und kontrolliert hat.

Das Wahlgeheimnis und die Wahlfreiheit werden dadurch verletzt, daß den Wahlberechtigten verhältnismäßige Nachteile oder Ehrenfolgen vor der Stimmabgabe wegen der Abstimmung für eine Partei in Aussicht gestellt und in Verbindung damit ihre Stimmabgabe in solcher Weise beeinflusst worden ist, daß sie annehmen mußten, es werde erkannt, wenn sie wählen. Als unzulässig wurden die Stimmen der Wähler erklärt, denen mit Arbeitsentlassung oder Wohnungsföndung gedroht worden war und deren Abstimmung teils einer Aufsichtsperson durch Begleiten bis zur Wahlurne oder durch Begleiten bis zum Wahlmüer sowie durch die Nötigung, den Stimmzettel hochzuhalten oder in einer bestimmten Hand zu tragen, kontrolliert worden war.

Ferner wurden Stimmen kastriert, wenn Bestreuer von landwirtschaftlichen oder gewerblichen Unternehmen, oder ihre Anführer, Verwalter, Steiger oder sonstigen Organe ihrer Arbeiter mit Stimmzetteln (auch vor dem Wahllokale) für einen bestimmten Kandidaten versehen und dann die Arbeiter auf dem Gange zur Wahlurne dazwischen kontrollierten, daß die Abgabe anderer Stimmzettel nur schwer möglich war. Mit Rücksicht darauf, daß sich Arbeiter wegen dieser Kontrolle von der Abstimmung abhalten ließen, kam in Frage, ob nicht die nicht abgegebenen Stimmen des Wahlkreises dem unterlegenen Kandidaten zugunsten seien.

Eine die Wahlfreiheit beeinträchtigende Beeinflussung wurde in der Thätigkeit der staatlichen und kommunalen Beamten zu Gunsten eines bestimmten Kandidaten gesehen, wenn dieselbe einen Umfang angenommen hat, daß daraus zu folgern war, die Staatsregierung wüßte die Wahl dieses Kandidaten. Bei dieser Art der Wahlbeeinflussung ist gleichgültig, ob der agitierende Beamte polizeiliche Befugnisse hat oder nicht. Eine Kandidatur wurde als offiziell angesehen, wenn die Gemeindevorsteher auf an sie gerichtete Anweisung des Landrats für einen bestimmten Kandidaten agitierten oder wenn sie durch die Gemeinbediener Stimmzettel für einen Kandidaten verteilen ließen.

Die Wahlfreiheit wird unzulässig beeinflusst, wenn Landräte, Landratsamtsverwalter Wahlaufrufe zu Gunsten einer bestimmten Partei oder eines bestimmten Kandidaten unter Beifügung ihres Amtscharakters unterzeichnen; auch ohne öffentliches Auftreten Gemeindevorsteher oder Privatpersonen für den Fall einer bestimmten Stimmabgabe Vorteile oder umgekehrt Nachteile in Aussicht stellen; wenn sie in Kreis-, Land- und Gemeinde-Versammlungen, in den Sitzungen der landwirtschaftlichen Vereine und in ähnlichen Versammlungen oder in Cirkularen für oder gegen eine Kandidatur Stellung nehmen; wenn aus ihren Büreaus Stimmzettel oder Flugblätter zur Verteilung gelangen dazwischen, daß die Verteilung der letzteren erlaubt werden kann. Dasselbe gilt für andere Beamte mit obrigkeitlicher Gewalt. Insbesondere liegt eine unzulässige Wahlbeeinflussung vor, wenn Distriktskommissare für einen bestimmten Kandidaten antreten. Das Gleiche gilt für alle Beamten, die zu Gunsten einer bestimmten Kandidatur an die ihnen unterstellten Behörden oder Beamten in Schreiben sich wenden, sofern die letzteren nicht zweifellos als private kenntlich sind. Es liegt ferner eine unzulässige Wahlbeeinflussung vor, wenn Gemeindevorsteher oder Gemeinbediener oder Amtsvorsteher durch Gemeinbediener Stimmzettel zu einer Zeit konspizieren, wo deren Heubehaltung und rechtzeitige Verteilung vor der Wahl nicht mehr gut thunlich war.

Es ist eine unzulässige Wahlbeeinflussung, wenn Bürgermeister, die mit Polizeigewalt beauftragt sind, einen Kandidaten aufstellen, Unterschriften unter ein an diesen gerichtetes Schreiben, worin sie ihn um Annahme der Kandidatur ersuchen, von anderen sammeln, Wahlzettel verteilen, gegnerische Stimmzettel konfiszieren, Wählervereisammlungen von Eingeweihten ihrer Bürgermeisteren zusammenberufen und in solchen die Wahl eines Kandidaten empfehlen, wenn sie Gemeinbediener mit der Verteilung von Stimmzetteln oder Flugblättern beauftragen; wenn Gemeinbediener und andere Gemeinbediente solche Aufträge ausführen oder auch ohne amtlichen Auftrag solche Handlungen vornehmen, sofern sie bei deren Vornahme mit amtlichen Abzeichen versehen oder in Amtskleidung sind. Insbesondere ist dies der Fall, wenn sie in dieser Weise gegnerische Stimmzettel in den Häusern abfordern, mit gewerblichen oder anderen Nachteilen drohen. Das Gleiche gilt, wenn Lehrer in der Schule Stimmzettel an die

Schüler zur Übermittlung an deren Eltern verteilen oder den Eltern drohen, ihren Kindern den Schulurlaub zu verweigern, wenn sie einen bestimmten Kandidaten wählen.

Wähler, haltet überall darauf, daß diese Grundsätze zum Schutze der Wahlfreiheit genau befolgt werden! Wird irgend ein solcher Grundsatz verletzt, so ist es gut, auf die vorstehenden Befanntmachungen der Wahlprüfungscommission öffentlich hinzuweisen. Zugleich haben genaue Aufzeichnungen zu erfolgen über Ort und Zeit des Verstoßes und der Personen, die sich einer ungenügenden Wahlbeeinflussung schuldig machen, zugleich unter Angabe von Zeugen.

Auf Grund dieser Aufzeichnungen ist alsdann gegebenenfalls ein Wahlprotest an den Reichstag zu richten, um entweder die Ungültigkeit der mittels solcher Wahlbeeinflussungen herbeigeführten Wahl zu veranlassen oder mindestens einen Reichstagsbeschluss, auf Grund dessen eine amtliche Untersuchung des Vorkommnisses stattzufinden hat.

### Aus unserm Citatenschatz.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist eine Frage, der einsichtige Sozialpolitiker große soziale Bedeutung und volle Berechtigung zuerkennen. Man sollte sich doch nachgerade darüber klar sein, daß die Verkürzung der Arbeitszeit durch die Steigerung der Arbeitsleistung weit gemacht wird, und daß der Mensch noch zu anderem da ist als bloß zum arbeiten. Frankfurter Zeitung.

„Ueber keine Frage besteht in den gebildeten Kreisen der deutschen Nation eine solche Einmütigkeit des Urteils wie über die Verwerflichkeit des allgemeinen und gleichen Stimmrechtes. Unser Reichstagswahlrecht hat wohl noch blinde Verehrer, aber keine verstandesklaren Verteidiger. Niemand macht auch den schlichternsten Versuch, die zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes zu bestreiten. Die Meinungsverschiedenheiten unter den urteilsfähigen Politikern fangen erst an, wenn man der Frage näher tritt, ob es angängig sei, das einmal bestehende Wahlrecht anzustößen, und welche Verteilung der Wahlrechte, welche Gliederung der Volkskräfte an seine Stelle zu treten habe.“  
Politische Zeitung (1890) nationalliberal.

Ich möchte nur konstatieren, daß ich auf dem Standpunkt stehe: wenn Sie alle Uebelstände beseitigen wollen, die mit dem heutigen Wahlverfahren verbunden sind, dann schaffen Sie die heimliche Stimmgabe ab. Ich halte es für zweckmäßig, daß wir auf die ursprünglichen Vorschläge, die Fürst Bismarck 1866 im preussischen Abgeordnetenhaus eingebracht hatte, zurückkommen — d. h. also, das allgemeine Stimmrecht genau in der Weise beizubehalten, wie es bisher besteht, aber die Vorschrift, welche das preussische Abgeordnetenhaus damals eingebracht hat, daß man den Zettel verdeckt in die Urne stecken muß, abzuändern. Das Abgeordnetenhaus hat durch die Einfügung der eben von mir bezeichneten Worte erst das geheime Wahlrecht eingeführt und hat dadurch meiner Ansicht nach einen Uebelstand nicht geschaffen, der dem ursprünglichen Wahlgeheimnis nicht anhaftet. Freiberger Zeitung, 29. Januar 1896 im Deutschen Reichstage.

Fürst Hohenlohe erachtet die Wiedereinführung des Sozialistengesetzes für einen schweren politischen Fehler, der die revolutionären Elemente in der Sozialdemokratie stärken und die Partei als solche kräftigen und ihr Succurs aus dem radikal-liberalen Lager zuführen würde. Der Reichskanzler wird, das ist unsere Überzeugung, so lange er im Amte bleibt (und bei der Frische und Arbeitsfreudigkeit des Fürsten Hohenlohe ist erfreulicherweise an einen nahen Rücktritt nicht zu denken), dem Kaiser nicht empfehlen, der vielfach hervortretenden Weltmeinung, ein neues Sozialistengesetz zu schaffen, Raum zu gewähren. Hamburger Korrespondent.

### Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ein: Für zwei Theaterbills 1,00. — Billerüberschuß 0,20. — L. W. 1,00. — Friße, Sudenburg, 4,00 Franz Königstedt.

### Heitere Ecke.

Auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitag des 22. sächsischen Reichstagswahlkreises in Falkenstein kam auch eine Verfügung der Amtshauptmannschaft Zwickau zur Kenntnis der Parteigenossen, nach der das Ausbringen von Hochrufen auf die Sozialdemokratie oder sozialrevolutionäre Verbände und das Absingen revolutionärer Lieder während und nach Schluß der Versammlung verboten ist und Zuwiderhandelnde mit einer Ordnungsstrafe bis zur Höhe von 150 Mark oder vierzehn Tagen Haft bestraft werden sollen.

In wie wunderbarer Weise Alwardt Klame zu machen weiß, ersehen wir aus einem der freisinnigen Zeitung überlieferten großen gelben Plakat, in welchem er folgendes bekannt machen läßt: „Reichstagsabgeordneter Alwardt ist durch Einladung zur kaiserlichen Hofstafel leider verhindert, den Vortrag zur angekindigten Zeit zu halten“ usw. In dem unschuldigen Leser wird hierdurch der Glaube erweckt, als ob der Kaiser Alwardt eine besondere Ehrenbezeugung etwa für sein Verhalten in Bezug auf die Judenlinien hätte zu teil werden lassen. Bekanntlich haben sämtliche Reichstagsabgeordnete (mit Ausnahme der Sozialdemokraten) zum Freitag abend Einladungen zur kaiserlichen Hofstafel erhalten, wenn sie vorher ihre Absicht, dort zu erscheinen, durch Kartenabgabe bekundet hatten. Alwardt soll mit seinen übrigen Parteifreunden sich den Bauch ziemlich vollgeschlagen haben — auch Notleidende.

Verantwortlicher Redakteur August Müller, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbaum, Magdeburg, Neustadt. Druck von Franz Veltje, Magdeburg.

## Aus dem Rechenschaftsbericht einer sozialdemokratisch geleiteten Krankenkasse.

Die unter der Leitung von Sozialdemokraten stehende Krankenliste in Warmen hat vor einigen Tagen ihren Jahresbericht veröffentlicht, welcher beweist, wie ausgezeichnet die Kasse wirkt, obwohl ihr mehr und mehr Schwierigkeiten seitens gewisser Behörden in den Weg gelegt werden. Aus einem längeren Artikel, den unser Elberfelder Parteiorgan, Die Freie Presse, über den Jahresbericht veröffentlicht, heben wir folgendes hervor. Der gesetzliche Reservefond ist nicht nur erreicht, sondern noch um 25 000 Mark überschritten worden. Die Kasse zählt über 21 000 Mitglieder.

Besonders bemerkenswert sind die Ausführungen des Revisionsarztes der Kasse, Dr. Landmann, über die innerhalb der letzten sechs Jahre auf dem Gebiete der Arzneiverzorgung der Mitglieder erzielten Ersparnisse. Dieses Thema bildet, wie bereits den weitesten Kreisen bekannt geworden, seit Jahren den Gegenstand besonderen Interesses bei Kassen, Ärzten und Apothekern, und ist aus dem Grunde für alle drei von besonderer Tragweite, weil die Praxis der Wartner und noch einiger anderer Kassen auf diesem Gebiet zum erstenmal an einem großen Krankenmaterial den zwingenden Beweis für die bedingte Wertlosigkeit der arzneilichen Krankenbehandlung erbracht hat. Der Bericht teilt mit, daß die Arzneikosten per Krankheitsfall von 2.65 M. im Jahre 1892 auf die Hälfte, nämlich 1.34 M. im Jahre 1897 gesunken sind, und daß sich die durchschnittliche Krankheitsdauer in derselben Zeit von 22,9 auf 17,2 Tage vermindert hat. Das sind allerdings Resultate und Thatfachen, die in den Augen jedes Denkenden dem Dogma von der Heilkraft der Arzneien einen starken Stoß versetzen und die besondere Aufmerksamkeit jeder Kassenverwaltung auf diesen äußerst wichtigen Punkt hinlenken müssen, die andererseits aber auch nur zu gut den giftigen, bornierten Haß erklären, mit welchem alle in jener Richtung sich bewegenden Bestrebungen von den großen und kleinen Päpsten der orthodoxen Staatsmedizin im Verein mit einem kapitalistisch verjuchten Apothekerklingel verfolgt werden. Ganz besonders wird der Schmerz der Apotheker verständlich, wenn man beispielsweise aus dem Bericht erfährt, daß die Kasse gegenwärtig eine relative Minderausgabe für Arzneikosten von rund 32 000 Mark pro Jahr zu verzeichnen und in den letzten sechs Jahren über 100 000 Mark, die sie bei Fortdauer der früheren Zustände an die Apotheker hätte zahlen müssen, für die Mitglieder zu retten verstanden hat.

Der Bericht enthält dann noch Ausführungen über das schon so oft gezeigte, die Arbeiterinteressen empfindlich schädigende, wohl aber gerade deswegen mit hoher obrigkeitlicher Protektion und Förderung betriebene Verdrängen von Betriebskrankenkassen; danach hat es den Anschein, als ob neuerdings die Unternehmer doch ein Haar in der Geschichte gefunden und die Lust verloren haben, sich um der schönen Augen der Regierung willen noch weiter solche lästigen und verlustbringenden Einrichtungen, wie eigene Kassen es sind, auf den Hals zu laden. Möge diese Erkenntnis bei allen denen platzgreifen, die seiner Zeit auf den Leim der Regierung getreten sind und nun darauf feststehen, zur Umkehr ist es ja niemals zu spät.

Einnahmen und Ausgaben der Kasse balancieren mit 489 974 Mark; der Reservefond ist auf 348 560 Mark gewachsen. Seit ihrem Bestehen hat die Kasse an rund 250 000 Kranke für 1 472 000 Krankheitsstage ein Kapital von etwa 4 Millionen Mark verausgabt. Die Verwaltungskosten sind überraschend gering.

Wenn man bedenkt, wie ungemein groß der Einfluß einer gut geleiteten, allgemeinen Krankenkasse auf die kommunale Armenpflege ist, so muß man sich wundern, daß die Stadtverwaltung nicht viel mehr als bisher auf eine Verschmelzung der verschiedenen und vielgestaltigen Krankenkassen hinwirken. Hochinteressant ist beispielsweise die Thatfache, daß in Elberfeld der Schwesterstadt von Warmen, das buntschichtige Oris' anerkennenwesen noch fortbesteht und daß diese Kassen, obwohl sie ein Geschäft an Beiträgen mehr erheben, nämlich 3 Prozent des durchschnittlichen Tagelohnes gegen 2 1/2 Prozent in Warmen, doch bei weitem in ihrer Leistungsfähigkeit hinter Warmen zurückstehen.

## Soziale Bewegung.

### Inland.

Zum Münchener Tischlerstreik wird mitgeteilt, daß die Meister beschlossen haben, den Arbeitern die 9/10 stündige Arbeitszeit zu bewilligen. Da somit die strittige Forderung zugestanden ist, dürfte der Ausstand beendet sein.

In Luckenwalde sind die Verhandlungen der Zimmerer mit den Unternehmern gescheitert. Die Meister wollten eine Zulage von 3 Pfg. pro Stunde gewähren und nach Bedarf die Ausständigen einstellen. Die Arbeiter hielten diese Zugeständnisse als ungenügend.

In Breslau gab in einer Bauarbeiter-Versammlung die Streikkommission folgenden Bericht: Es haben sich 263 Kollegen zum Streik gemeldet, 44 sind abgereist, 69 arbeiten zu den neuen Bedingungen, neun sind anderweit beschäftigt, 38 sind arbeitswillig geworden, es bleiben demnach 154 Kollegen mit 288 Kindern zu unterstützen.

Die Schmiede in Breslau haben in einer gutbesuchten Versammlung beschlossen, zur Durchführung ihrer Forderung in den Ausstand einzutreten. Die Schmiede-Zinnung hat es abgelehnt, dem Verlangen ihrer Arbeiter zu entsprechen. Die

Abkündigung des Kost- und Logiswesens wollte sie bewilligen, ein Stundenlohn für Draufschläger von 25 Pfg. ist ihr jedoch zu viel. Den Vorarbeiten wollte sie eine Zulage gewähren, von einem Minimallohn aber nichts wissen.

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sind drei österreichische Drechsler, die an dem Streik in der Rothner'schen Spielwarenfabrik in Schweidnitz beteiligt waren, ausgewiesen worden.

Die Ziegelerbeiter der v. Perponcher'schen Dampfzegielei in Reudorf bei Silberberg in Schlesien legten die Arbeit nieder und verlangten eine Lohnerhöhung. Diefelbe wurde auch in Höhe von 15—20 Pfg. pro Tag gewährt.

Die Steinmehlen in Lahr i. B. befinden sich wegen einer geringen Lohnforderung im Ausstande.

Der Streik der Steinarbeiter in Warthau bei Bunzlau: Schl. ist beendet und ist die Arbeit zu Gunsten der ausländischen Kollegen von Striegau sowie der Ausgesperrten vom Fichtelgebirge am Montag wieder aufgenommen.

Der große Hafnarbeiterstreik zu Hamburg hatte dem Senat Veranlassung gegeben zur Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Arbeitsverhältnisse im Hamburger Hafen. Die von der Kommission verfaßte Denkschrift rechtfertigt die Ansicht, daß der Streik nicht „frivol“ war, sondern in den thatsächlichen Verhältnissen begründet war. Auch Professor Lönneke hat sich schon durch mehrere Monographien über den Hafnarbeiterstreik bemerkbar gemacht, unterzieht nun im neuesten Heft des „Archivs für soziale Gesetzgebung und Statistik“ die Enquête einer eingehenden Kritik und kommt dabei zu demselben Resultate. Er schreibt:

„Es hat sich, was wir vorher mühsam durch diese Enquête auf neue herausgestellt, und der Bericht ist ehrlich genug, es offen aufzudecken: daß nämlich fast alle Zustände des Hafnarbeiter mit schweren Leiden und Mängeln behaftet waren und im wesentlichen noch sind. Der Bericht ist von Anfang bis zu Ende eine moralische Rechtfertigung des Streiks, wie sie von offizieller Seite in umfassender, so weitgehender Art kaum erwartet werden konnte. Die vielen ungenügenden Jahreseinkommen, die Unfähigkeit der Arbeit, die überlangen Arbeitszeiten, die Häufigkeit der Nachtarbeit und Ueberstunden, die demoralisierenden Formen der Arbeitsaufnahme, das Anwesen bei der Lohnauszahlung die Mängel und Gefahren der Betriebsrichtungen und die Notwendigkeit eines Hafenspektors, die Anwesenheit der Arbeiter bei der Beförderung im Hafen — das sind die Dinge, die der Bericht ausdrücklich anerkennt.“

So das Urteil eines objektiven Gelehrten. Dagegen hat die offiziöse Norddeutsche Allgemeine Zeitung kürzlich erklärt, nach dem Berichte der Senatskommission sei jeder Zweifel an der Frivolität des Streiks ausgeschlossen. So das „Urteil“ des Dieners seines Herrn.

### Ausland.

In Eger, wo vor kurzem die Bauarbeiter nach einem mehrtägigen Ausstande ihre Forderungen durchsetzten, sind nun auch die Tischler diesem Beispiel gefolgt und haben Lohnerhöhung gefordert. — Außerdem streifen die Kutscher und Hausmeister. Alle diese Ausstände sind mehr oder weniger veranlaßt durch enorme Teuerung der Lebensmittel.

Der südwallisische Kohlenarbeiterstreik ist seinem Ende nicht näher gerückt. Keine der beiden Parteien ist nachgiebig gestimmt. Die Arbeitgeber bestehen darauf, daß der Ausschuss, welcher mit ihnen verhandeln soll, volle Gewalt zum Abschluß eines Abkommens besitze. Zweimal haben aber die Arbeiter sich geweigert, dem sogenannten „Provisorischen Ausschuss“, der aus den Mitgliedern des alten „Südwallisischen Lohnkalkulations-Ausschusses“ nebst sechs neuen kooperierten Mitgliedern besteht, diese Vollmacht zu erteilen. Dem Vorwärts wird noch geschrieben: „Die Bereitschaft zur Hülfeleistung ist größer als nach manchen, in der ersten Zeit gefallenen Aeußerungen angenommen wurde. Ob aber bei alledem genug Mittel werden aufgebracht werden können, um die Ausständigen und die durch den Ausstand Arbeitslosen annähernd mit Mitteln gegen die äußerste Not zu versorgen ist mehr wie zweifelhaft. Es handelt sich um über 150 000 Arbeiter mit ihren Familien und da sind selbst sehr wertvolle Summen wie ein Tropfen auf den heißen Stein.“

Neben Berichten über die Notlage unter den Arbeitern treffen schon Berichte über die Not von Händlern ein, bei denen die Arbeiter sonst ihren Bedarf einkaufen und in Fällen von Arbeitslosigkeit auf Kredit entnehmen. Das frühe Eintreten solcher Erscheinungen ist die Folge des Mangels jeglicher leistungsfähigen Organisation unter den Arbeitern, und nach den Erklärungen, welche ihre Wortführer auf der Konferenz der Bergarbeiter-Föderation abgaben, kann als sicher angenommen werden, daß eine der Folgen des jetzigen Lohnkampfes der Aufbau einer richtigen Gewerkschaft unter den Bergarbeitern von Süd-Wales sein wird.“

Den Veröffentlichungen der Unternehmer gegenüber, daß die Arbeiter durchschnittlich über 30 Schilling die Woche verdient hätten, hat das Komitee der letzteren festgestellt, daß die Durchschnittslöhne der letzten Jahre 22 1/2 Schilling die Woche nicht überstiegen haben.

## Gemeinde-Zeitung.

### Sitzung der Stadtverordneten zu Magdeburg.

Die letzte Sitzung der Stadtverordneten brachte zunächst die Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl des Herrn Dr. Grunow und des Herrn Ingenieur Haake, die in der ersten und zweiten Wahlperiode gewählt wurden. Die Wahl des ersten wurde für gültig erklärt, die des letzteren aber nicht, da Herr Haake am Tage der Wahl nicht anwesend war, die Naturalisierung des Gewählten vielmehr erst am Tage nach der Wahl erfolgte. Zur Beschlußfassung waren den Stadtverordneten zunächst kleinere Vorlagen unterbreitet, die wenig allgemeines Interesse erweckten. Eine Vorlage, welche eine Abgrenzung der Stadtverordneten-Wahlbezirke bezweckte, war in einer früheren Sitzung dem Rechtsausschusse zur Vorberatung überwiesen worden.

Derselbe empfahl die Annahme des Magistratsantrages, dabei aber dem Magistrat zu empfehlen, in nächster Zeit eine Neueinteilung der Wahlbezirke nach Maßgabe der Bevölkerungszahl vorzunehmen. Von mehreren Seiten wurde dieses Ersuchen unterstützt. Stadtverordneter Gätner regte außerdem noch an, die Wahlhandlung bis um 7 Uhr abends stattfinden zu lassen, damit auch die Arbeiter ihre Wahlrecht ausüben können. Der Antrag des Rechtsausschusses fand Annahme.

Zu einer lebhaften Debatte kam es bei einem Antrage des Magistrats zur Einsetzung einer Rhein-Weber-Elbkanal-Kommission. Für den Bau dieses Kanals, des sogenannten Mittelland-Kanals, will die Regierung die Baukosten in vollem Umfange übernehmen. Sie verlangt jedoch, daß seitens der interessierten kommunalen Verbände für die dreiprozentige Verzinsung und einhalbprozentige Tilgung eines Drittels des einschlägigen Baukapitals der Hauptlinie und der Hälfte des einschlägigen Baukapitals der Zweiglinie, welche nicht zugleich Speisekanäle sind, Garantie geboten werde, und zwar insoweit als die Einnahmen aus den Kanalabgaben nach Abzug der Betriebs- und Unterhaltungskosten zur dreiprozentigen Verzinsung und einhalbprozentigen Tilgung der gesamten verausgabten Baukosten nicht ausreichen. Der während der ersten Jahre von der Provinz Sachsen zu leistende Zuschuß würde 1 041 600 Mark betragen. Auf dem Provinziallandtag der Provinz Sachsen, der im März in Magdeburg stattgefunden hatte, war vom Oberbürgermeister Schneider beantragt worden, von diesen 1 041 600 Mark sollte die Provinz 1/3, etwa 300 000 Mark übernehmen, der Rest sollte von Magdeburg und den kleineren Verbänden getragen werden. Dieser Antrag fand jedoch nicht die Zustimmung der Jünger, die auf dem Provinziallandtage die Majorität bildeten. Diese befürchteten, daß auf dem Mittellandkanal billiges Getreide nach dem Innern Deutschlands gebracht werde und lehnten daher jede finanzielle Beteiligung der Provinz an dem Bau des Kanals ab. Da nun der Kanal eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist, erarbt der Magistrat die Initiative, um trotz des ablehnenden Votums des Provinziallandtages mit Hilfe der interessierten kleineren Kommunen die notwendige Garantiesumme aufzubringen. Der Magistrat beantragte daher: 1. die Stadtverordneten sollen sich mit der Einsetzung einer gemischten Kommission einverstanden erklären, welcher die Aufgabe zufallen würde, wegen Uebernahme der auf die Provinz Sachsen entfallenden anteiligen Garantie für die Bau- und Betriebskosten, sowie die Verzinsung und Amortisation der Baukosten des sogenannten Mittellandkanals — ausschließlich der Strecke Wolmirstedt-Heinrichsberge — im Verein mit den außer der Stadt Magdeburg an dem Zustandekommen des Kanals interessierten Körperschaften und sonstigen Beteiligten die erforderlichen Grundlagen zu beschaffen und über das Ergebnis der bezüglichen Verhandlungen hiernächst unter Stellung sachentsprechender Anträge den städtischen Behörden Bericht zu erstatten; 2. die Stadtverordneten sollen sich damit einverstanden erklären, daß der zu wählenden Kommission das Recht der Cooptation aus den Kreisen des hiesigen Handels- und Gewerbestandes eingeräumt werde. Dieser Antrag des Magistrats wurde mit einer Ausnahme von allen Mitgliedern des Stadtverordnetenkollegiums unterstützt. Die Ausnahme machte der Stadtverordnete Schwarzkopf, der erst die Prinzipienfrage entschieden haben will, ob der Kanal gebaut werden sollte oder nicht. Der Oberbürgermeister Schneider entgegnete ihm, daß diese Frage schon längst entschieden sei. Es handle sich vor allen Dingen darum, daß man einen Weg finde, um die zum Bau des Kanals notwendige Garantiesumme aufzubringen. In diesem Sinne sprachen sich auch sämtliche anderen Redner aus, worauf der Magistratsantrag einstimmig angenommen wurde. Ein Antrag des Stadtverordneten Schwarzkopf, der die Kommission mit einer Prüfung des statistischen Materials betrauen wollte, wurde abgelehnt. Es wurden sodann noch 14 Mitglieder in die Kommission gewählt und alsdann die Sitzung geschlossen.

## Gerichtliche Urteile.

### Landgericht Magdeburg.

Der Seilergeselle Karl Hess aus Jüterburg, geb. 1846, bettelte am 11. März d. J. zu Eickendorf und stahl gelegentlich dabei ein Paar Stiefeln, die einem Knechte gehörten. In Anbetracht der Vorstrafen wurde der Angeklagte zu 4 Wochen Haft, 4 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Der Schmiedegeselle Gustav Hoffmann zu Neustadt, geboren 1877, stahl am 26. Februar d. J. aus einem Stand im Wülbürger Bürgerbräu ein Fahrrad und wurde deswegen mit 6 Monaten Gefängnis sowie 3 Jahren Ehrverlust bestraft.

Der Schneidergeselle Wilhelm Jechow zu Wollin, geb. 1860, wurde im Oktober 1896 von dem Kossathen Jacob auf Zahlung von Alimenter für das uneheliche Kind der Tochter verklagt. In diesem Prozesse soll Jechow einen Stellmachermeister, der als Zeuge vernommen wurde, zu verleiten versucht haben, vor Gericht eine unwahre Aussage zu machen und zu beschwören. Er leugnet die That, wird aber durch die Beweisaufnahme für überführt erachtet und mit 1 Jahr Zuchthaus, sowie 5 Jahren Ehrverlust bestraft.

Der Kellner und Milchhändler Konrad Stolze, geb. 1875, der Klempler Karl Pape, geb. 1872, und der Schlosser Rudolf Fricke, geb. 1873, hier, prügelten sich in der Nacht zum 1. Dezember v. J. auf der Straße mit Stock und Schirm, wobei sie ständlierten. Festgenommen leistete Stolze heftigen Widerstand. Am 16. Januar beleidigte er einen Schuhmann auf der Straße. Als dieser ihn abführte, knickte er ihm im Polizeigefängnis den Finger um. Das Urteil lautete gegen Stolze wegen Widerstands und Beleidigung auf 3 Monate Gefängnis und 40 Mark Geldstrafe, gegen Pape auf 40 Mark, gegen Fricke auf 30 Mark Geldstrafe. Dem Beleidigten wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen.

In nicht öffentlicher Sitzung wurde die Witwe Marie Meltdorf, geb. 1829, wegen Kuppelei zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Der Handlungsgehilfe Wilhelm Rinnemann zu Neustadt, geb. 1878, hatte in einer Seifenfabrik gelernt und wurde nach beendeter Lehrzeit als Lagerist, dann als Comptoirist weiter beschäftigt. Vom Januar 1897 ab wurde er Reisender und erhielt neben täglichen Vertrauensspeisen ein Betrag von 7 bis 8 Mark monatlich 50 Mark Gehalt. Angeblich weil er mit diesem Gelde nicht auskommen konnte, veruntreute er in 59 Fällen insgesamt 1441 Mark, die er von den Kunden vereinnahmte und für sich verbrauchte. Als die Unterschlagungen entdeckt wurden, blieb er am 20. September aus dem Geschäft weg, wurde aber später durch Ver-

aufßerdem dürfte diesmal eine ungünstige Berücksichtigung den Sozialdemokraten dadurch entstehen, daß ein großer Teil ihrer Anhänger nach den unliegendsten Dörfern verpaget sei, welche in anderen Wahlkreisen ihr Wahlrecht ausüben hätten. Es handelt sich darum, möglichst viele antizipatorische Stimmen zu sammeln, die Ordnungsparteien hätten die Pflicht, zusammen gegen die Sozialdemokraten zu stimmen. Es ist zwecklos, hierüber näher Betrachtungen anzustellen. Die Arbeiter wissen, was auf dem Spiele steht und werden den letzten Mann an die Wahlurne holen, damit die Pläne der Reaktion zu schanden werden.

In der Versammlung am Montag beschloßen die Konserwativen, auch Wahlagitatorien zu betreiben. Es werden einen Aufruf erlassen, in welchem sie keinen Zweifel darüber lassen werden, daß Herr Buchschwerdt so recht kein Mann nach dem Herzen der Konserwativen ist, daß man ihn aber für das „kleinere Uebel“ hält. Ferner soll die sämtigen Wähler herangezogen werden und zu diesem Zweck die Stimmabgabe kontrolliert werden. Wenn es nicht anders möglich ist, soll sogar der Wähler Schaar per Droschke herangezogen werden. Daß zu der Agitation auch Leute gehören, welche die Konserwativen nicht bedacht zu haben. In der Versammlung waren 64 Mann, darunter ein Duzend Angehörige anderer Parteien. Wenn also diese wenigen die Agitation betreiben wollen, dann wird es nicht weit her sein mit derselben. Im übrigen wird es sich recht hübsch ausnehmen, wenn die Konserwativen Ordnungsparteien mit dem Stimmzettel in der Hand in Magdeburg herumlaufen, sämtliche Wähler heranzuziehen und ein großes Geschäft in der Hand tragen mit der Aufschrift: Wähler Buchschwerdt.

In der Agitation geht es auch Geld. Dieses ist aber bei den Konserwativen knapp. Sie haben bloß vierhundert Mark in der Kasse. Damit ist allerdings nicht viel anzufangen — und daß einer der Herren in überquellendem Patriotismus die Wahlkasse gefüllt hätte, davon war nichts zu merken. Wir begreifen jetzt, weshalb die Konserwativen immer so sehr auf die „Arbeitergroßen“ hinweisen, welche die sozialdemokratische Parteikasse so wohlgefüllt haben. Die Magdeburger Sozialdemokraten haben in ihrer Kasse mehr als wie vierhundert, sie können insollgedessen auch etwas anbieten.

**Wahlleben.**  
Das von den Sozialdemokraten verbreitete Flugblatt verurteilt unseren Gegnern viel Kopfschmerzen. Spaltenlange Artikel werden verbrochen, um den Inhalt desselben zu „widerlegen“. Das ist schon ein kleiner Fortschritt. Früher ignorierte man die sozialdemokratische Bewegung, heute aber, da sie auf dem Lande festen Fuß gefaßt hat, scheint man ihr wieder Herr werden zu wollen. Jetzt wird's wohl zu spät sein. Die Arbeiter, Handwerker, kleinen Bauern und Beamten haben ihre Pappenheimer kennen gelernt, die unter der Flagge der Mittelstandspolitik, Lano und Leute ausgepöbelt haben und auch dem Volke die winzigen Rechte schmälern und rauben wollen. Die Gegner werden noch oft Gelegenheit haben, sich mit „volksverbeugenden Flugchriften“ zu beschäftigen.

**Jerichow I und II.**  
Auf die Freitag im Haffäger in Burg tagende Wähler-Versammlung, in der unser Kandidat, Genosse Glocke-Berlin, über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprechen wird, ist nochmals aufmerksam gemacht.

**Salbe-Mischerleben.**  
Der Bund der Landwirte hat es seinen Mitgliedern anheim gestellt, den bisherigen Vertreter des Kreises Major a. D. Glade oder den Vater-Binderwald zu wählen. Auf der in Eggersdorf abgehaltenen Versammlung traten Amtsrat v. Dieze-Warby, Amtsrat Eisner-Klein-Jensenburg und Dr. Schenck-Groß-Rosenburg für die Wiederwahl des Hg. Glade-Men ein, jedoch wurde eine Einigung nicht erzielt. Die Magdeburgerische Zeitung nimmt an, daß auch diesmal Herr Glade wiedergewählt werden wird. So ganz sicher scheint aber das national-liberale Blatt nicht zu sein, denn es bemerkt: „An Unstimmigkeiten wird man es nicht fehlen lassen dürfen, zumal da auch der Gegner alles aufbietet zu wollen scheint, um in einem der geeignetsten Kreise unserer Heimatprovinz sein Umsturzbanner auf neue aufzupflanzen. Er läßt für die Zeit der Wahlen in dem Wahlkreise eine besondere Wahlzeitung herausgeben, die insbesondere auf die ländliche Bevölkerung berechnet ist und den örtlichen Verhältnissen Rechnung trägt.“ Major a. D. Glade hat bekanntlich den agrarischen Sammelaufruf unterzeichnet. Dies geniert die Magdeburgerische Zeitung nicht weiter, für diesen Mann eine Lanze zu brechen, damit die Pläne der Junter untergeht werden. Für Magdeburg wird daselbe Blatt die umgekehrte Politik verfolgen und gegen die agrarische Sammelpolitik agitieren müssen.

### Drauf und dran, Genossen!

Die Herausgabe des Reichstagswähler kommt der Magdeburgerischen Zeitung ungelogen; ihr löst die Rührigkeit der sozialdemokratischen Presse Angst ein. Denn wie sollen wir uns folgendes Bamentto erklären:  
„Der Provinz Sachsen soll, wie es scheint, im bevorstehenden Wahlkampfe von der Sozialdemokratie besondere Beachtung geschenkt werden. Die Agitation wird nicht nur auf die beiden Wahlkreise beschränkt bleiben, die jetzt schon von der Partei behauptet werden, Magdeburg und Halle, sondern sie wird auch auf ländliche Wahlkreise ausgedehnt werden, wo die Partei bereits Boden gefaßt hatte. In Betracht werden dabei in erster Linie kommen die Kreise Stendal-Osterburg, Salzwedel-Gardelegen und vor allem Salbe-Mischerleben.  
Die übrigen Wahlkreise, von denen außer den beiden schon genannten noch die Kreise Wolmirstedt-Neuhaldensleben, Wangleben, Mischerleben, Halberstadt-Wernigerode, anscheinend besonders in Betracht genommen werden, sind mit Flugblättern übersät, und diese Flut wird in den nächsten Wochen wohl noch ansteigen.“

Angesichts dieser Anstrengungen der Umsturzpartei werden es hoffentlich auch die hürgerlichen Parteien an Rührigkeit, vor allem aber auch an Einigkeit nicht fehlen lassen. In dem meist bedrohten Kreise Mischerleben-Salbe hatte bei der letzten Wahl die freisinnige Vereinigung einen besonderen Kandidaten aufgestellt, auf den jedoch nur 2616 Stimmen fielen. Es ist dringend zu wünschen, daß diese völlig unnütze Zerplitterung diesmal vermieden werde. Der nationalliberale Kandidat hatte zwar im Jahre 1893 vor dem Sozialdemokraten 4000 Stimmen voraus; aber es muß alles daran gesetzt werden, um ihm gleich im ersten Wahlgange den Sieg zu sichern.

Die Einigkeit unter den Liberalen ist aber nur ein Punkt, auf den es ankommt. Sie kann nur Frucht tragen, wenn sie von einer eifrigen Wahlarbeit unterstützt wird. Jeder Mann muß an die Wahlurne gebracht, jeder Mann veranlaßt werden, seine Stimme für einen Liberalen abzugeben. Das kann nicht durch Versammlungen allein erreicht werden. Von Ort zu Ort, von Haus zu Haus, von Familie

zu Familie muß um Stimmen geworben werden. Dann kann es der liberalen Partei nicht fehlen.“  
— Und von Ort zu Ort, von Haus zu Haus, von Familie zu Familie werden auch unsere Genossen ziehen und Stimmen werden. Mit aller Macht muß diese Agitation fortgesetzt, der Eifer verdoppelt werden. Mögen unsere Gegner uns in der Agitation zu übertrumpfen sich bemühen, wir wollen versuchen oben auf zu bleiben.  
Drauf und dran, Genossen!

### Tügen und Verleumdungen.

(Die Vertrauensleute der Wahlkreise werden um Zulassung beachtlicher Zeitungsartikel und Flugchriften gebeten.)

**Am tlicher Anzeiger (Magdeburg):** Die drohenden Tiraden, mit denen die Sozialdemokratie und ihre Mitläufer Wahlangst zu verbreiten suchen, sowie die fanatischen Ausfälle gegen die „Brotverteurer“ haben demnach auf Regierung und Volksvertretung keinen Eindruck zu machen vermocht. Der kampfshafte Versuch, noch in letzter Stunde die parlamentarische Bühne zu wirkungsvoller Wahlpolitik zu benutzen, ist als gänzlich gescheitert zu betrachten.

Aus einem antisemitischen Flugblatt: Mit Stolz rechnet es sich die Partei als einen großen Erfolg an, daß es ihr gelungen ist, Tausende von Arbeitern aus der Sozialdemokratie wieder in die Reihen der Ordnungsparteien zurückzuführen. Die Thatsache des Erfolges wird dadurch bewiesen, daß überall, wo die deutsch-soziale Reformpartei, ohne Störung durch mißgünstige Dritte, gearbeitet hat, die Stimmen der Sozialdemokratie zu Gunsten der Reformpartei ganz erheblich zurückgegangen sind.

### Wink für die Reichstagswahl.

**Der Schuß der Wahlfreiheit.**  
Wir veröffentlichen im Vorlaute die Grundzüge, die für die Wahlprüfungskommission und den Reichstag bei Wahlprüfungen zum Schutze des Wahlheimnisses und der Wahlfreiheit maßgebend gewesen sind. Da heißt es:

Das Wahlheimnis wird dadurch verletzt, daß die Mitglieder des Wahlvorstandes den Stimmzettel offen annehmen und selbst zusammenfalten, den übergebenen Stimmzettel vor der Niederlegung in die Urne kenntlich machen, den Stimmzettel zur Ermittlung des Namens des Wahlkandidaten ganz oder teilweise öffnen, denselben an eine bestimmte Stelle der Urne legen, die Stimmzettel in zwei Urnen oder in abgetheilte Räume der Wahlurne legen; daß die Mitglieder des Wahlvorstandes im Wahllokale Stimmzettel verteilen, bevor ihre Thätigkeit im Wahlvorstande beendet ist; ferner dadurch, daß auf dem Tische des Wahlvorstandes die Stimmzettel nur einer Partei oder in der Weise die Stimmzettel mehrerer Parteien zur Entnahme für die Wähler ausgelegt sind, daß die Mitglieder des Wahlvorstandes die Stimmabgabe kontrollieren können. Eine Verletzung des Wahlheimnisses liegt ferner vor, wenn der Tisch mit Wahlzetteln vor der Eingangstür in das Wahllokale so aufgestellt ist, daß der Wahlprüfer vom Wahllokale aus die Entnahme der Wahlzettel von diesem Tische kontrollieren konnte und kontrolliert hat.

Das Wahlheimnis und die Wahlfreiheit werden dadurch verletzt, daß den Wahlberechtigten verhältnismäßige Nachteile oder Ehrenfolgen vor der Stimmabgabe wegen der Abstammung für eine Partei in Aussicht gestellt und in Verbindung damit ihre Stimmabgabe in solcher Weise beeinflusst worden ist, daß sie annehmen mußten, es werde erkannt, wen sie wählen. Als ungültig wurden die Stimmen der Wähler erklärt, denen mit Arbeitsentlassung oder Wohnungsbekämpfung gedroht worden war und deren Abstammung seitens einer Aufsichtsperson durch Begleiten bis zur Wahlurne oder durch Begleiten bis zum Wahlzimmer sowie durch die Nötigung, den Stimmzettel hochzuhalten oder in einer bestimmten Hand zu tragen, kontrolliert worden war.

Ferner wurden Stimmen losiert, wenn Besitzer von landwirtschaftlichen oder gewerblichen Unternehmen, oder ihre Anseher, Verwalter, Steiger oder sonstigen Organe ihre Arbeiter mit Stimmzetteln (auch vor dem Wahllokale) für einen bestimmten Kandidaten versehen und dann die Arbeiter auf dem Gange zur Wahlurne davor kontrollierten, daß die Abgabe anderer Stimmzettel nur schwer möglich war. Mit Rücksicht darauf, daß sich Arbeiter wegen dieser Kontrolle von der Abstimmung abhalten ließen, kam in Frage, ob nicht die nicht abgegebenen Stimmen des Wahlkreises dem unterlegenen Kandidaten zuzugerechnet seien.

Eine die Wahlfreiheit beeinträchtigende Beeinflussung wurde in der Thätigkeit der staatlichen und kommunalen Beamten zu Gunsten eines bestimmten Kandidaten gesehen, wenn dieselbe einen Umfang angenommen hat, daß daraus zu folgern war, die Staatsregierung wünsche die Wahl dieses Kandidaten. Bei dieser Art der Wahlbeeinflussung ist gleichgültig, ob der agitierende Beamte polizeiliche Befugnisse hat oder nicht. Eine Kandidatur wurde als offizielle angesehen, wenn die Gemeindevorsteher auf an sie gerichtete Anweisung des Landrats für einen bestimmten Kandidaten agitierten oder wenn sie durch die Gemeindevorsteher Stimmzettel für einen Kandidaten verteilen ließen.

Die Wahlfreiheit wird unzulässig beeinflusst, wenn Landräte, Landratsamtsverwalter Wahlaufträge zu Gunsten einer bestimmten Partei oder eines bestimmten Kandidaten unter Beifügung ihres Amtscharakters unterzeichnen; auch ohne öffentlichen Ämter Gemeindevorsteher oder Privatpersonen für den Fall einer bestimmten Stimmabgabe Vorteile oder ungetreue Nachteile in Aussicht stellen; wenn sie in Kreis-, Kreis- und Gemeindevorstandungen, in den Sitzungen der landwirtschaftlichen Vereine und in ähnlichen Versammlungen oder in Zirkularen für oder gegen einen bestimmten Kandidaten Stellung nehmen; wenn aus ihren Büreaus Stimmzettel oder Flugblätter zur Verfertigung gelangen derart, daß die Herkunft der letzteren erkannt werden kann. Dasselbe gilt für andere Beamte mit obrigkeitlicher Gewalt. Insbesondere liegt eine unzulässige Wahlbeeinflussung vor, wenn Distriktskommissare für einen bestimmten Kandidaten eintreten. Das Gleiche gilt für alle Beamten, die zu Gunsten einer bestimmten Kandidatur an die ihnen unterstellten Behörden oder Beamten in Schreiben sich wenden, sofern die letzteren nicht zweifellos als private kenntlich sind. Es liegt ferner eine unzulässige Wahlbeeinflussung vor, wenn Gemeindebeamte oder Gemeindevorsteher oder Amtsvorsteher durch Gemeindevorsteher Stimmzettel zu einer Zeit konfiszieren, wo deren Beschaffung und rechtzeitige Verteilung vor der Wahl nicht mehr gut thunlich war.

Es ist eine unzulässige Wahlbeeinflussung, wenn Bürgermeister, die mit Polizeigewalt bekleidet sind, einen Kandidaten aufstellen, Unterschriften unter ein an diesen gerichtetes Schreiben, worin sie ihn um Annahme der Kandidatur ersuchen, von anderen sammeln, Wahlzettel verschicken, gegenläufige Stimmzettel konfiszieren, Wählerversammlungen von Eingewiesenen ihrer Bürgermeister zuzumaneherufen und in solchen die Wahl eines Kandidaten empfehlen, wenn sie Gemeindevorsteher mit der Verteilung von Stimmzetteln oder Flugblättern beauftragen; wenn Gemeindevorsteher und andere Gemeindebeamte solche Aufträge ausführen oder auch ohne amtlichen Auftrag solche Handlungen vornehmen, sofern sie bei deren Vornahme mit amtlichen Abzeichen versehen oder in Amtskleidung sind. Insbesondere ist dies der Fall, wenn sie in dieser Weise gegenläufige Stimmzettel in den Häusern abfordern, mit gewerblichen oder anderen Beamten versehen. Das Gleiche gilt, wenn Lehrer in der Schule Stimmzettel an die

Schüler zur Uebermittlung an deren Eltern verteilen oder den Eltern drohen, ihren Kindern den Schulurlaub zu verweigern, wenn sie einen bestimmten Kandidaten wählen.

Wähler, haltet überall darauf, daß diese Grundzüge zum Schutze der Wahlfreiheit genau befolgt werden!  
Wird irgend ein solcher Grundsatz verletzt, so ist es gut, auf die vorstehenden Bekanntmachungen der Wahlprüfungskommission öffentlich hinzuweisen. Zugleich haben genaue Aufzeichnungen zu erfolgen über Ort und Zeit des Vorkommnisses und der Personen, die sich einer ungebührigen Wahlbeeinflussung schuldig machen, zugleich unter Angabe von Zeugen.

Auf Grund dieser Aufzeichnungen ist alsdann gegebenenfalls ein Wahlprotest an den Reichstag zu richten, um entweder die Ungültigkeit der mittels solcher Wahlbeeinflussungen herbeigeführten Wahl zu veranlassen oder mindestens einen Reichstagsbeschuß, auf Grund dessen eine amtliche Untersuchung des Vorkommnisses stattzufinden hat.

### Aus unserm Citatenschatz.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist eine Frage, der einsichtige Sozialpolitiker große soziale Bedeutung und volle Berechtigung zuerkennen. Man sollte sich doch nachgerade darüber klar sein, daß die Verkürzung der Arbeitszeit durch die Steigerung der Arbeitsleistung wett gemacht wird, und daß der Mensch noch zu anderem da ist als bloß zum arbeiten.  
Frankfurter Zeitung.

„Ueber keine Frage besteht in den gebildeten Kreisen der deutschen Nation eine solche Einmütigkeit des Urteils wie über die Verwerflichkeit des allgemeinen und gleichen Stimmrechtes. Unser Reichstagswahlrecht hat wohl noch blinde Verehrer, aber keine verstandesklaren Verteidiger. Niemand macht auch den schlichsten Versuch, die zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes zu bestreiten. Die Meinungsverschiedenheiten unter den urteilsfähigen Politikern fangen erst an, wenn man der Frage näher tritt, ob es angängig sei, das einmal bestehende Wahlrecht ungestoßen, und welche Verteilung der Wahlrechte, welche Gliederung der Volkskräfte an seine Stelle zu treten habe.“  
Polnische Zeitung (1890) nationalliberal.

Ich möchte nur konstatieren, daß ich auf dem Standpunkt stehe: wenn Sie alle Uebelstände beseitigen wollen, die mit dem heutigen Wahlverfahren verbunden sind, dann schaffen Sie die heimliche Stimmabgabe ab... Ich halte es für zweckmäßig, daß wir auf die ursprünglichen Vorschläge, die Fürst Bismarck 1866 im preussischen Abgeordnetenhaus eingebracht hatte, zurückkommen — d. h. also, das allgemeine Stimmrecht genau in der Weise beizubehalten, wie es bisher besteht, aber die Vorschrift, welche das preussische Abgeordnetenhaus damals hineingebracht hat, daß man den Zettel verdeckt in die Urne stecken muß, abzuändern... Das Abgeordnetenhaus hat durch die Einfügung der eben von mir bezeichneten Worte erst das geheime Wahlrecht eingeführt und hat dadurch meiner Ansicht nach einen Uebelstand geschaffen, dem dem ursprünglichen Wahlgesetzentwurf nicht anhaftete.  
Freiherr v. Stumm 29. Januar 1896 im Deutschen Reichstage.

Fürst Hohenlohe erachtet die Wiedereinführung des Sozialistengesetzes für einen schweren politischen Fehler, der die revolutionären Elemente in der Sozialdemokratie stärken und die Partei als solche kräftigen und ihr Succurs aus dem radikal-liberalen Lager zuführen würde. Der Reichskanzler wird, das ist unsere Ueberzeugung, so lange er im Amte bleibt (und bei der Frische und Arbeitsfreudigkeit des Fürsten Hohenlohe ist erfreulicherweise an einen nahen Rücktritt nicht zu denken), dem Kaiser nicht empfehlen, der vielfach hervortretenden Beirerung, ein neues Sozialistengesetz zu schaffen, Raum zu gewähren.  
Hamburger Korrespondent.

**Quittung.**  
Für den Wahlfonds gingen ein: Für zwei Theaterbillets 1,00. — Billetüberschuß 0,20. — L. W. 1,00. — Frise, Eudenburg, 4,00. — Franz Königstedt.

### Heitere Gefe.

Auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitag des 22. sächsischen Reichstagswahlkreises in Falkenstein kam auch eine Verjüngung der Amtshauptmannschaft Zwickau zur Kenntnis der Parteigenossen, nach der das Ausbringen von Hochrufen auf die Sozialdemokratie oder sozialrevolutionäre Verbände und das Absingen revolutionärer Lieder während und nach Schluß der Versammlung verboten ist und Zuwiderhandelnde mit einer Ordnungsstrafe bis zur Höhe von 150 Mark oder vierzehn Tagen Haft bestraft werden sollen.

In wie wunderbarer Weise Alwardt Klame zu machen weiß, ersehen wir aus einem der freisinnigen Zeitung überlieferten großen gelben Plakat, in welchem er folgendes bekannt machen läßt: „Reichstagsabgeordneter Alwardt ist durch Einladung zur kaiserlichen Hofstapel leider verhindert, den Vortrag zur angekündigten Zeit zu halten“ usw. In dem unschuldigen Leser wird hierdurch der Glaube erweckt, als ob der Kaiser Alwardt eine besondere Ehrenbezeugung etwa für sein Verhalten in Bezug auf die Judenstimmten hätte zu teil werden lassen. Bekanntlich haben sämtliche Reichstagsabgeordnete (mit Ausnahme der Sozialdemokraten) zum Freitag abend Einladungen zur kaiserlichen Hofstapel erhalten, wenn sie vorher ihre Absicht, dort zu erscheinen, durch Kartenabgabe bekundet hatten. Alwardt soll mit seinen übrigen Parteifreunden sich den Bauch ziemlich vollgeschlagen haben — auch Notleidende.

Verantwortlicher Redakteur August Müller, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbaum, Magdeburg-Neustadt. Druck von Franz Bethge, Magdeburg.

## Aus dem Rechenschaftsbericht einer sozialdemokratisch geleiteten Krankenkasse.

Die unter der Leitung von Sozialdemokraten stehende Krankenkasse in Barmen hat vor einigen Tagen ihren Jahresbericht veröffentlicht, welcher beweist, wie ausgezeichnet die Kasse wirkt, obwohl ihr mehr und mehr Schwierigkeiten seitens gewisser Behörden in den Weg gelegt werden. Aus einem längeren Artikel, den unser Elberfelder Parteiorgan, Die Freie Presse, über den Jahresbericht veröffentlicht, heben wir folgendes hervor. Der gesetzliche Reservefond ist nicht nur erreicht, sondern noch um 25 000 Mark überschritten worden. Die Kasse zählt über 21 000 Mitglieder.

Besonders bemerkenswert sind die Ausführungen des Revisionsarztes der Kasse, Dr. Landmann, über die innerhalb der letzten sechs Jahre auf dem Gebiete der Arzneiverordnung der Mitglieder erzielten Ersparnisse. Dieses Thema bildet, wie bereits den weitesten Kreisen bekannt geworden, seit Jahren den Gegenstand besonderen Interesses bei Kassen, Ärzten und Apothekern, und ist aus dem Grunde für alle drei von besonderer Tragweite, weil die Praxis der Barmer und noch einiger anderer Kassen auf diesem Gebiet zum erstenmale an einem großen Krankennaterial den zwingenden Beweis für die bedingte Wertlosigkeit der arzneilichen Krankenbehandlung erbracht hat. Der Bericht teilt mit, daß die Arzneikosten per Krankheitsfall von 2.65 M. im Jahre 1892 auf die Hälfte, nämlich 1.34 M. im Jahre 1897 gesunken sind, und daß sich die durchschnittliche Krankheitsdauer in derselben Zeit von 22,9 auf 17,2 Tage vermindert hat. Das sind allerdings Resultate und Thatfachen, die in den Augen jedes Denkenden dem Dogma von der Heilkraft der Arzneien einen starken Stoß versetzen und die besondere Aufmerksamkeit jeder Kassenverwaltung auf diesen äußerst wichtigen Punkt hinlenken müssen, die andererseits aber auch nur zu gut den giftigen, bornierten Haß erklären, mit welchem alle in jener Richtung sich bewegenden Bestrebungen von den großen und kleinen Päpsten der orthodoxen Staatsmedizin im Verein mit einem kapitalistisch verfeuchteten Apothekerklingel verfolgt werden. Ganz besonders wird der Schmerz der Apotheker verständlich, wenn man beispielsweise aus dem Bericht erfährt, daß die Kasse gegenwärtig eine relative Minderausgabe für Arzneikosten von rund 32 000 Mark pro Jahr zu verzeichnen und in den letzten sechs Jahren über 100 000 Mark, die sie bei Fortdauer der früheren Zustände an die Apotheker hätte zahlen müssen, für die Mitglieder zu retten verstanden hat.

Der Bericht enthält dann noch Ausführungen über das schon so oft gezeigte, die Arbeiterinteressen empfindlich schädigende, wohl aber gerade deswegen mit hoher obrigkeitlicher Protektion und Förderung betriebene Gründen von Betriebskrankenkassen; danach hat es den Anschein, als ob neuerdings die Unternehmer doch ein Haar in der Geschichte gefunden und die Lust verloren haben, sich um der schönen Augen der Regierung willen noch weitere lästigen und verlustbringenden Einrichtungen, wie eigene Kassen es sind, auf den Hals zu laden. Würde diese Erkenntnis bei allen denen platzgreifen, die seiner Zeit auf den Leim der Regierung getreten sind und nun darauf feststehen; zu Umkehr ist es ja niemals zu spät.

Einnahmen und Ausgaben der Kasse balancieren mit 489 974 Mark; der Betriebsfond ist auf 348 560 Mark gewachsen. Seit ihrem Bestehen hat die Kasse an rund 250 000 Kranke für 1 472 000 Krankheitsstage ein Kapital von etwa 4 Millionen Mark verausgabt. Die Verwaltungskosten sind überraschend gering.

Wenn man bedenkt, wie ungemein groß der Einfluß einer gut geleiteten, allgemeinen Krankenkasse auf die kommunale Armenpflege ist, so muß man sich wundern, daß die Stadtverwaltung nicht viel mehr als bisher auf eine Verschmelzung der verschiedenen und vielgestaltigen Krankenkassen hinwirken. Hochinteressant ist beispielsweise die Thatsache, daß in Elberfeld der Schwesterstadt von Barmen, das buntschekige Ortskrankenkassenwesen noch fortbesteht und daß diese Kassen, obwohl sie ein Sechstel an Beiträgen mehr erheben, nämlich 3 Prozent des durchschnittlichen Tagelohnes gegen 2 1/2 Prozent in Barmen, doch bei weitem in ihrer Leistungsfähigkeit hinter Barmen zurückstehen.

## Soziale Bewegung.

### Inland.

Zum Münchener **Tischlerstreik** wird mitgeteilt, daß die Meister beschloßen haben, den Arbeitern die 9 1/2 stündige Arbeitszeit zu bewilligen. Da somit die strittige Forderung zugestanden ist, dürfte der Ausstand beendet sein.

In Luckenwalde sind die Verhandlungen der **Zimmerer** mit den Unternehmern gescheitert. Die Meister wollten eine Zulage von 3 Pfg. pro Stunde gewähren und nach Bedarf die Ausständigen einstellen. Die Arbeiter hielten diese Zugeständnisse als ungenügend.

In Breslau gab in einer **Bauarbeiter**-Versammlung die Streikkommission folgenden Bericht: Es haben sich 263 Kollegen zum Streik gemeldet, 44 sind abgereist, 69 arbeiten zu den neuen Bedingungen, neun sind anderweit beschäftigt, 38 sind arbeitswillig geworden, es bleiben demnach 154 Kollegen mit 288 Kindern zu unterstützen.

Die **Schmiede** in Breslau haben in einer gutbesuchten Versammlung beschloßen, zur Durchführung ihrer Forderung in den Ausstand einzutreten. Die Schmiede-Zinnung hat es abgelehnt, dem Verlangen ihrer Arbeiter zu entsprechen. Die

Abuschaffung des Kost- und Logiswesens wollte sie bewilligen, ein Stundenlohn für Draußschläger von 25 Pfg. ist ihr jedoch zu viel. Den Vorständen wollte sie eine Zulage gewähren, von einem Minimallohn aber nichts wissen.

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sind drei österreichische **Drehstler**, die an dem Streik in der Kothner'schen Spielwarenfabrik in Schweidnitz beteiligt waren, ausgewiesen worden.

Die **Ziegelarbeiter** der v. Perponcher'schen Dampfziegelei in Neudorf bei Silberberg in Schlesien legten die Arbeit nieder und verlangten eine Lohnserhöhung. Dieselbe wurde auch in Höhe von 15—20 Pfg. pro Tag gewährt.

Die **Steinmehrer** in Lahr i. B. befinden sich wegen einer geringen Lohnforderung im Ausstande.

Der Streik der **Steinarbeiter** in Warthau bei Bunzlau i. Schl. ist beendet und ist die Arbeit zu Gunsten der ausständigen Kollegen von Striegau sowie der Ausgeperrten vom Fichtelgebirge am Montag wieder aufgenommen.

Der **große Hafnarbeiterstreik** zu Hamburg hatte dem Senat Veranlassung gegeben zur Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Arbeitsverhältnisse im Hamburger Hafen. Die von der Kommission verfaßte Denkschrift rechtfertigt die Ansicht, daß der Streik nicht „revol“ war, sondern in den thalialischen Verhältnissen begründet war. Auch Professor Könnig, der sich schon durch mehrere Monographien über den Hafnarbeiterstreik bemerkbar gemacht hat, unterzieht nun im neuesten Heft des „Archivs für soziale Gesetzgebung und Statistik“ die Enquête einer eingehenden Kritik und kommt dabei zu demselben Ergebnisse. Er schreibt:

„Es hat sich, was wir vorher wegen durch diese Enquête auf neue herausgestellt, und der Bericht ist ehrlich genug, es offen aufzudecken: daß nämlich fast alle Zustände der Hafnarbeit mit schweren Uebeln und Mängeln behaftet waren und im wesentlichen noch sind. Der Bericht ist von Anfang bis zu Ende eine moralische Rechtfertigung des Streiks, wie sie von offizieller Seite in umfassenster, so weitgehender Art kaum erwartet werden konnte. Die vielen ungenügenden Forderungen, die Unzufriedenheit der Arbeit, die überlangen Arbeitszeiten, die Häufigkeit der Nachtarbeit und Ueberstunden, die demoralisierenden Formen der Arbeitsannahme, das Unwesen bei der Lohnauszahlung, die Mühsal und Gefahren der Vertriebsrichtungen und die Notwendigkeit eines Hafenspektors, die Unzulänglichkeiten und Verzerrung der Beförderung im Hafen — das sind die Dinge, die der Bericht ausdrücklich anerkennt.“

So das Urteil eines christlichen Gelehrten Dagegen hat die offiziöse Norddeutsche Allgemeine Zeitung kürzlich erklärt, nach dem Berichte der Senatskommission sei jeder Zweifel an der Freiwilligkeit des Streiks ausgeschlossen. So das „Urteil“ des Dieners seines Herrn.

### Ausland.

In Eger, wo vor kurzem die Bauarbeiter nach einem mehrtägigen Ausstande ihre Forderungen durchsetzten, sind nun auch die **Tischler** diesem Beispiel gefolgt und haben Lohnserhöhung gefordert. — Außerdem streiken die **Kutscher** und **Hausmeister**. Alle diese Ausstände sind mehr oder weniger veranlaßt durch enorme Verzerrung der Lebensmittel.

Der **südwallisische Kohlenarbeiterstreik** ist seinem Ende nicht näher gerückt. Keine der beiden Parteien ist nachgiebig gestimmt. Die Arbeitgeber bestehen darauf, daß der Ausschuß, welcher mit ihnen verhandeln soll, volle Gewalt zum Abschluß eines Abkommens besitze. Zweimal haben aber die Arbeiter sich geweigert, dem sogenannten „Provisorischen Ausschuß“, der aus den Mitgliedern des alten „Südwallisischen Lohnkassala-Ausschusses“ nebst sechs neuen kooptierten Mitgliedern besteht, diese Vollmacht zu erteilen. Dem Vorwärts wird noch geschrieben: „Die Bergarbeiter zur Hilfeleistung ist größer als nach manchen, in der ersten Zeit gefallenen Äußerungen angenommen wurde. Ob aber bei alledem genug Mittel werden aufgebracht werden können, um die Ausständigen und die durch den Ausstand Arbeitslosen annähernd mit Mitteln gegen die äußerste Not zu versorgen ist mehr wie zweifelhaft. Es handelt sich um über 150 000 Arbeiter mit ihren Familien und da sind selbst sehr vermehrwerte Summen wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Neben Berichten über die Notlage unter den Arbeitern treffen schon Berichte über die Not von Händlern ein, bei denen die Arbeiter sonst ihren Bedarf einkaufen und in Fällen von Arbeitslosigkeit auf Kredit entnehmen. Das frühe Eintreten solcher Erscheinungen ist die Folge des Mangels jeglicher leistungsfähigen Organisation unter den Arbeitern, und nach den Erklärungen, welche ihre Wortführer auf der Konferenz der Bergarbeiter-Föderation abgaben, kann als sicher angenommen werden, daß eine der Folgen des jetzigen Lohnkampfes der Aufbau einer richtigen Gewerkschaft unter den Bergarbeitern von Süd-Wales sein wird.“ Den Veröffentlichungen der Unternehmer gegenüber, daß die Arbeiter durchschnittlich über 30 Schilling die Woche verdient hätten, hat das Komitee der letzteren festgestellt, daß die Durchschnittslöhne der letzten Jahre 22 1/2 Schilling die Woche nicht überstiegen haben.

## Gemeinde-Zeitung.

### Sitzung der Stadtverordneten zu Magdeburg.

Die letzte Sitzung der Stadtverordneten brachte zunächst die Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl des Herrn Dr. Gauson und des Herrn Ingenieur Haake, die in der ersten und zweiten Wahlabteilung gewählt wurden. Die Wahl des ersten wurde für gültig erklärt, die des letzteren aber nicht, da Herr Haake am Tage der Wahl nicht präsent war, die Naturalisierung des Gewählten vielmehr erst am Tage nach der Wahl erfolgte. Zur Beschlußfassung waren den Stadtverordneten zunächst kleinere Vorlagen unterbreitet, die wenig allgemeines Interesse erweckten. Eine Vorlage, welche eine Abgrenzung der Stadtverordneten-Wahlbezirke bezweckte, war in einer früheren Sitzung dem Rechtsausschusse zur Beratung überwiesen worden.

Derselbe empfahl die Annahme des Magistratsantrages, dabel aber den Magistrat zu ersuchen, in nächster Zeit eine Neuernennung der Wahlbezirke nach Maßgabe der Bevölkerungsanzahl vorzunehmen. Von mehreren Seiten wurde dieses Ersuchen unterstützt, Stadtverordneter Gärtner regte außerdem noch an, die Wahlhandlung bis um 7 Uhr abends stattfinden zu lassen, damit auch die Arbeiter ihr Wahlrecht ausüben können. Der Antrag des Rechtsausschusses fand Annahme.

Zu einer lebhaften Debatte kam es bei einem Antrage des Magistrats zur Einsetzung einer Rhein-Wefer-Elbkanal-Kommission. Für den Bau dieses Kanals, des sogenannten Mittelkanals, will die Regierung die Baukosten in vollem Umfange übernehmen. Sie verlangt jedoch, daß seitens der interessierten kommunalen Verbände für die dreiprozentige Verzinsung und einhalbprozentige Tilgung eines Drittels des anschlagmäßigen Baukapitals der Hauptlinie und der Hälfte des anschlagmäßigen Baukapitals der Zweigkanäle, welche nicht zugleich Spießkanäle sind, Garantie geboten werde, und zwar infolge als die Einnahmen aus den Kanalabgaben nach Abzug der Betriebs- und Unterhaltungskosten zur dreiprozentigen Verzinsung und einhalbprozentigen Tilgung der gesamten vorausgabigen Baukosten nicht ausreichen. Der während der ersten Jahre von der Provinz Sachsen zu leistende Zuschuß würde 1 041 860 Mark betragen. Auf dem Provinzialantrag der Provinz Sachsen, der im März in Meuselburg stattgefunden hatte, war vom Oberbürgermeister Schneider beantragt worden, von diesen 1 041 860 Mark sollte die Provinz 1/3, etwa 347 286 Mark, übernehmen, der Rest sollte von Magdeburg und den kleineren Verbänden getragen werden. Dieser Antrag fand jedoch nicht die Zustimmung der Zünfte, die auf dem Provinzialantrage die Majorität bildeten. Diese bestritten, daß auf dem Mittelkanal billiges Getreide nach dem Innern Deutschlands gebracht werde und lehnten daher jede finanzielle Beteiligung der Provinz an dem Bau des Kanals ab. Da nun der Kanal eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist, ergriff der Magistrat die Initiative, um trotz des ablehnenden Beschlusses des Provinzialantrages mit Hilfe der interessierten kleineren Kommunen die notwendige Garantiesumme aufzubringen. Der Magistrat beantragte daher: 1. die Stadtverordneten sollen sich mit der Einsetzung einer gemischten Kommission einverstanden erklären, welcher die Aufgabe zufallen würde, wegen Uebernahme der auf die Provinz Sachsen entfallenden anteiligen Garantie für die Bau- und Betriebskosten, sowie die Verzinsung und Amortisation der Baukosten des sogenannten Mittelkanals — ausschließlich der Strecke Wolmirstedt-Heinrichsberge — im Verein mit den außer der Stadt Magdeburg an dem Baukanalbetriebe des Kanals interessierten Körperschaften und sonstigen Beteiligten die erforderlichen Grundlagen zu beschaffen und über das Ergebnis der besaglichen Verhandlungen hiernächst unter Stellung sachverständiger Anträge den städtischen Behörden Bericht zu erstatten; 2. die Stadtverordneten sollen sich damit einverstanden erklären, daß der zu wählenden Kommission das Recht der Cooptation aus den Kreisen des hiesigen Handels- und Gewerbestandes eingeräumt werde. Dieser Antrag des Magistrats wurde mit einer Ausnahme von allen Mitgliedern des Stadtverordnetenkollegiums unterstützt. Die Ausnahme machte der Stadtverordnete Schwarzkopf, der erst die Prinzipienfrage entschieden haben will, ob der Kanal gebaut werden sollte oder nicht. Der Oberbürgermeister Schneider entgegnete ihm, daß diese Frage schon längst entschieden sei. Es handle sich vor allen Dingen darum, daß man einen Weg findet, um die zum Bau des Kanals notwendige Garantiesumme aufzubringen. In diesem Sinne sprachen sich auch sämtliche anderen Redner aus, worauf der Magistratsantrag einstimmig angenommen wurde. Ein Antrag des Stadtverordneten Schwarzkopf, der die Kommission mit einer Prüfung des statistischen Materials betrauen wollte, wurde abgelehnt. Es wurden sodann noch 14 Mitglieder in die Kommission gewählt und alsdann die Sitzung geschlossen.

## Gerichtliche Urteile.

### Landgericht Magdeburg.

Der Seilergefelle Karl Hess aus Insterburg, geb. 1845, bettelte am 11. März d. J. zu Eickendorf und stahl gelegentlich dabei ein Paar Stiefeln, die einem Knechte gehörten. In Anbetracht der Vorstrafen wurde der Angeklagte zu 4 Wochen Haft, 4 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Der Schmiedegeselle Gustav Hoffmann zu Neustadt, geboren 1877, stahl am 26. Februar d. J. aus einem Stand im Würzburger Bürgerbräu ein Fahrrad und wurde deswegen mit 6 Monaten Gefängnis sowie 3 Jahren Ehrverlust bestraft.

Der Schneidergefelle Wilhelm Jechow zu Wollin, geb. 1860, wurde im Oktober 1896 von dem Rechtsanwalt Jacob auf Zahlung von Alimenter für das uneheliche Kind der Tochter verklagt. In diesem Prozesse soll Jechow einen Stellmachermeister, der als Zeuge vernommen wurde, zu **verleiten versucht haben**, vor Gericht eine unwahre Aussage zu machen und zu beschwören. Er leugnet die That, wird aber durch die Beweisaufnahme für überführt erachtet und mit 1 Jahr Zuchthaus, sowie 5 Jahren Ehrverlust bestraft.

Der Kellner und Milchhändler Konrad Stolze, geb. 1875, der Klempner Karl Pape, geb. 1872, und der Schlosser Rudolf Friede, geb. 1873, hier, prügelten sich in der Nacht zum 1. Dezember v. J. auf der Straße mit Stock und Schirm, wobei sie standalkerten. Festgenommen leistete Stolze heftigen Widerstand. Am 16. Januar beleidigte er einen Schutzmann auf der Straße. Als dieser ihn abführte, kniffte er ihm im Polizeigefängnis den Finger um. Das Urteil lautete gegen Stolze wegen **Widerstands und Beleidigung** auf 3 Monate Gefängnis und 40 Mark Geldstrafe, gegen Pape auf 40 Mark, gegen Friede auf 30 Mark Geldstrafe. Dem Beleidigten wurde die Publikationsbefugnis zugelassen.

In nicht öffentlicher Sitzung wurde die Witwe Marie Metendorf, geb. 1829, wegen **Kuppelei** zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Der Handlungsgehilfe Wilhelm Künemann zu Neustadt, geb. 1878, hatte in einer Seifenfabrik gelernt und wurde nach beendeter Lehrzeit als Lagerist, dann als Comptoirist weiter beschäftigt. Vom Januar 1897 ab wurde er Reisender und erhielt neben täglichen Vertrauenspensen im Betrage von 7 bis 8 Mark monatlich 50 Mark Gehalt. Angeblich weil er mit diesem Gelde nicht auskommen konnte, veruntreute er in 59 Fällen insgesamt 1441 Mark, die er von den Kunden vereinnahmte und für sich verbrauchte. Als die Unterschlagungen entdeckt wurden, blieb er am 20. September aus dem Geschäfte weg, erst aber später durch Ver-

